Die Steuertricks der Reichen — Seite 2

1 H 3752 C

Erscheint wöchentlich freitags

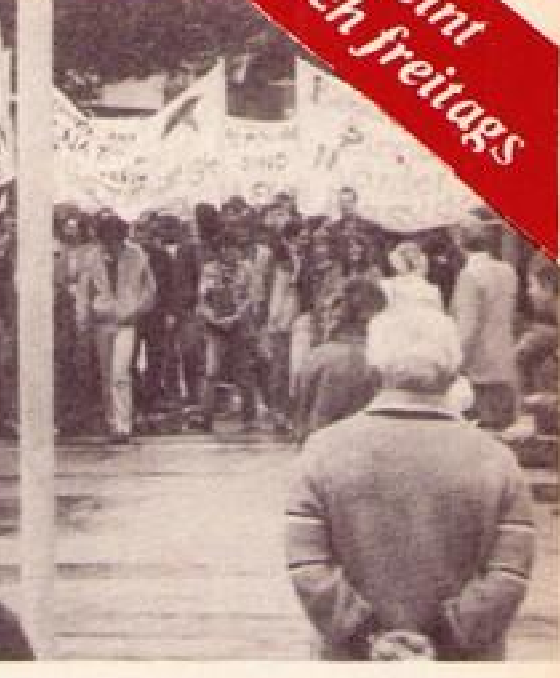
Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 29 vom 23. Juli 1982 | 16. Jahrgang | 1 DM





Demonstration in Westberlin für die Palästinenser. Daran beteiligten sich etwa 2500 Menschen, womit diese Aktion eine der bisher größten gegen den israelischen Vernichtungsfeldzug gegen Palästina und den Libanon war. Auch in zahlreichen anderen Städten, so in Hamburg, Dortmund und Stuttgart kam es bereits mehrmals zu solchen Aktionen. Die KPD beteiligt sich daran nach Kräften, wobei die Unterstützung der israelischen Aggression durch die Bundesregierung im Mittelpunkt der Aufklärungsarbeit unserer Partei steht.

Zentralen der drei Großbanken durchsucht

Wieviele Minister bezahlte Flick?

Am letzten Wochenende wurde bekannt, daß schon vor einiger Zeit die Zentralen der drei Großbanken der Bundesrepublik durchsucht worden sind, um weiteres Material über den Geldfluß des Flick-Konzerns zu Bonner Ministern und Abgeordneten zu sammeln. Die Sprecher der Banken verwiesen energisch darauf, daß dies „nur" mit der einen Bestechungsaffäre (Flick an die Parteien) zu tun habe, keinesfalls aber mit der anderen (Flick an einzelne Politiker). Um welche der beiden es sich auch immer gehandelt haben mag: Tatsache ist, daß immer deutlicher wird, daß in Bonn Politik auf Bestellung (und Bezahlung) durch Flick gemacht wurde.

Nun: Es ist nicht die erste Bestechungsaffäre großen Ausmaßes, die in Bonn bekannt wird. Neben den Affären Strauß gab es den Kauf von Abgeordneten, damit sie damals (1972) dem Kanzler Brandt ihr Mißtrauen aussprechen sollten, gab es die Wienand-Affäre, gab es zahlreiche Meldungen — stets laut dementiert, später meist kleinlaut bestätigt — über Beraterverträge und andere Vergünstigungen, die einzelne Abgeordnete für ihre Erfolge im Dienste verschiedener Konzerne erhielten. Aber es ist bestimmt die bisher größte Bestechung, die bekannt wurde.

In ihrem Zentrum stehen neben den Kassierern aller drei Bonner Parteien vor allem die verschiedenen Bonner Wirtschafts- und Finanzminister. Lambsdorff, Lahnstein und Matthöfer tauchen auf den in den Tresoren gefundenen Listen von Flick ebenso auf, wie der inzwischen zur Dresdner Bank gewechselte ehemalige Wirtschaftsminister Friedrichs. Besonders interessant ist dabei die Tatsache, daß der jetzige Finanzminister Lahnstein in diesen Listen zu einer Zeit auftaucht, als er noch der Chef des Schmidt direkt unterstellten Kanzleramtes war.



In der Düsseldorfer Filiale der Dresdner Bank befand sich, laut „Spiegel" das schwarze Buch des Flick-Konzerns.

Hintereinander ließ der Flick-Topmanager von Brauchitsch drei verschiedene Varianten von Dementis los, die allesamt niemanden überzeugten. Zumal einige weniger bekannte in den Listen genannte Politiker bereits zugegeben hatten, daß sie Geld bekommen hatten.

Wer die vergangenen Affären kennt, der weiß, daß sie stets mit geradezu abenteuerlichen Ausreden zu den Akten gelegt wurden, wie beispielsweise im Falle Kiep, als ein Unterschriftenautomat als Schuldiger erkannt wurde. Ob dies auch diesmal gelingt, erscheint fraglich, denn die Flickschen Methoden erscheinen eigentlich recht plump und durchsichtig — andere, ebenfalls in solchen Dingen erfahrene Konzernbosse werden den Kopf schütteln.

Das aber sind die Sorgen der Kapitalisten und ihrer — im wahrsten Sinne des Wortes — gekauften Politiker. Sie müssen fürchten, daß sich die Erkenntnis durchsetzt, daß in dieser „Demokratie" die Entscheidungen von den Konzernen, vom Großkapital finanziert werden, wie es die Kommunisten nicht nur immer wieder behaupten, sondern auch schon oft bewiesen haben. Sie müssen nicht nur die Erkenntnis fürchten, daß die breite Masse der arbeitenden Bevölkerung keinerlei Einfluß auf die Bonner Entscheidungen hat, sondern auch, daß dadurch der Wunsch wächst, ein anderes politisches System zu haben, das garantiert, daß solche Dinge nicht passieren. Ein System, in dem die Konzerne enteignet sind und die „Abgeordneten" dem Wähler jederzeit verantwortlich sind, das Rätesystem, der Sozialismus.

Am vergangenen Wochenende

Zahlreiche Aktionen gegen DDR-Geheimjustiz

Freiheit für verurteilte Kommunisten in der DDR gefordert



Sperrung am Grenzübergang Herleshausen.

Am Freitag und Samstag letzter Woche organisierte die KPD verschiedene Solidaritätsaktionen mit den in der DDR in Geheimprozessen verurteilten oppositionellen Kommunisten. Drei Autobahnübergänge zur DDR wurden zwischen 20 Minuten und einer dreiviertel Stunde besetzt, in Helmstedt, Lauenburg und Herleshausen. Am Tage zuvor war in Westberlin vor und auf einem Besucherbüro ebenfalls demonstriert worden.

In allen Fällen erregten diese Aktionen großes öffentliches Interesse, sammelten sich jeweils Hunderte von Passanten bzw. Autofahrern, die den Aktionen mehrheitlich sehr positiv gegenüberstanden. Ausführliche Berichte dazu bringen wir auf der Seite 6 dieser RM-Ausgabe.

Zur selben Zeit gibt es auch im Ausland wachsende Aktivitäten. In einem Brief an das Solidaritätskomitee informierte die Gruppe Mons / Belgien von amnesty international über ihre vielfältigen Aktivitäten der letzten Zeit: Mitgliederrundbriefe, Schreiben an 200 Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, Informationsabende usw. wurden von den dortigen Helfern organisiert.

CDU torpediert Jugendarbeitsschutz

Im Bemühen, die Lasten der kapitalistischen Krise auf die Werktätigen abzuwälzen, erweisen sich CDU und CSU weiter als die Parteien, die den offensten und rücksichtslosesten Unternehmerkurs steuern. Jüngstes Beispiel: Die mit den Stimmen der Unions-Mehrheit im Bundesrat beschlossene Einschränkung des Jugendarbeitsschutzgesetzes.

Unter der gut klingenden Parole der „Sicherung von Ausbildungsplätzen" sieht ein vom Bundestag verabschiedeter Gesetzentwurf vor, die Arbeitszeitregelungen für Jugendliche noch besser den Bedürfnissen der Kapitalisten anzupassen. Wenn man das nicht täte, so würden die Unternehmen eben noch weniger Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen. So lautet die dem zugrundeliegende Erpresserlogik.

Danach sollen z. B. Bäckerlehrlinge künftig eine Stunde früher mit der Arbeit beginnen, also 15jährige um 6.00 Uhr, 17jährige und Ältere um 4.00 Uhr. Die 40-Stunden-Woche soll „flexibler gestaltet" werden: An einzelnen Werktagen derselben Woche sollen Jugendliche auch zu achteinhalbstündiger Arbeit gezwungen werden können. Jugendliche auf dem Bau sollen ebenso wie Metzgerlehrlinge bereits um 6.00 Uhr anfangen müssen.

Mit der Anpassung an die Arbeitszeit der Älteren verbessert sich auch weiter die Möglichkeit zur Einspannung in die Produktion, also die Verfügbarkeit der Lehrlinge als billige Ausbeutungsobjekte. DGB-Bundesvorstand und Einzelgewerkschaften haben Proteste eingelegt. Entschiedene Abwehrmaßnahmen müssen folgen!

Offener Antwortbrief an Chef der Histadrut

Gewerkschafter verurteilen Israels Aggression

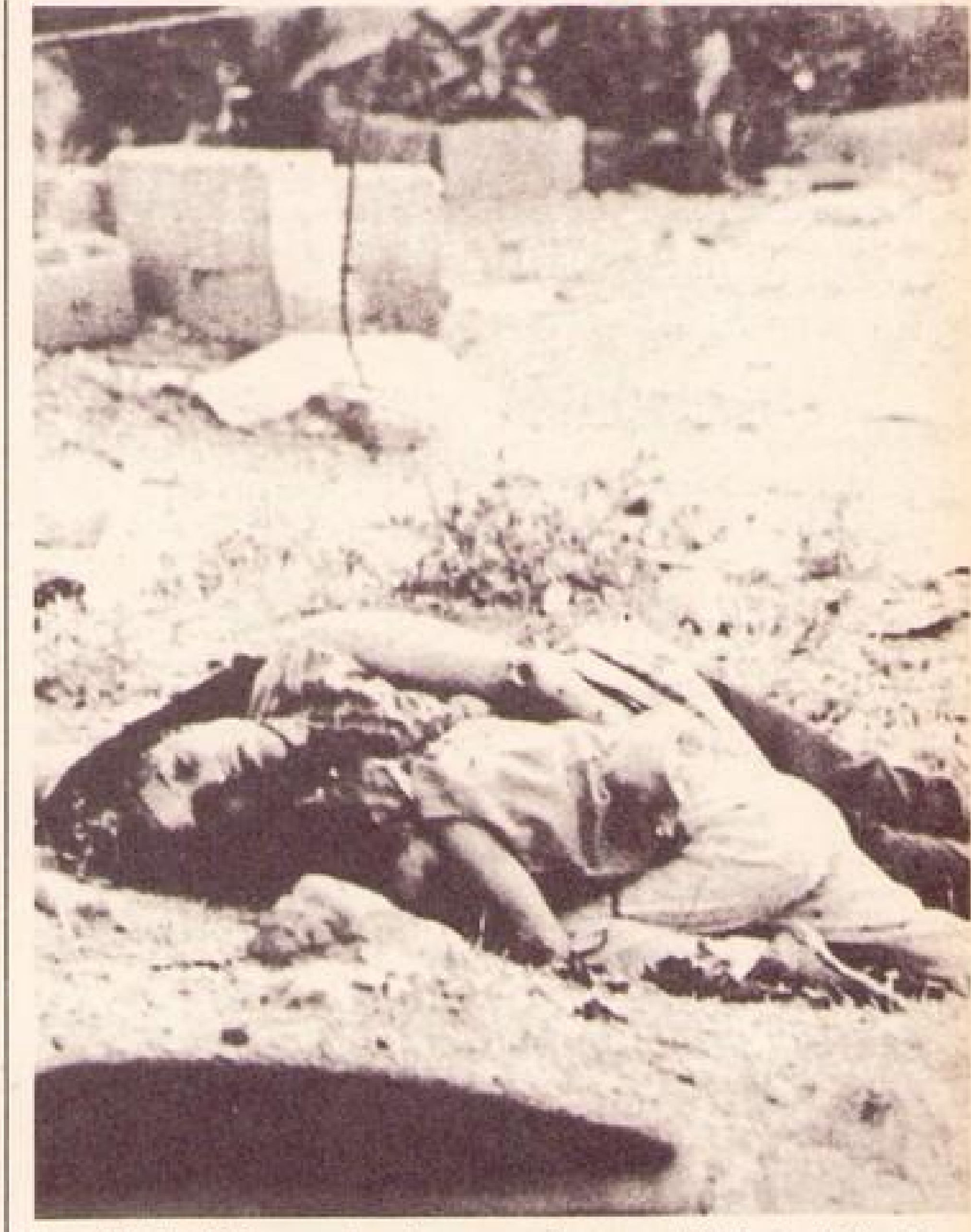
In Schreiben an den Internationalen Bund Freier Gewerkschaften und an den DGB warb der Vorsitzende der israelischen Gewerkschaft Histadrut, Jerucham Mechel, um Unterstützung für den israelischen Krieg im Libanon. Während die IG Bergbau und Energie Adolf Schmidts ihm eine ganze Seite ihrer Gewerkschaftszeitung „Einheit" für seine rassistischen Tiraden zur Verfügung stellte, antworteten ihm jetzt über 100 Gewerkschafter aus dem Rhein-Main-Gebiet in einem offenen Brief.

In dem Brief, der von Jakob Moneta, Heinz Brandt und Max Diamant als Erstunterzeichner verbreitet wurde und den auch zahlreiche Funktionäre, sowie Betriebs- und Personalräte aus sieben Branchen unterzeichnet haben, heißt es unter anderem:

„Wir hätten uns gewünscht, die Histadrut an der Seite der israelischen Friedensdemonstranten zu finden, die sich gegen jede Kriegspolitik seitens der israelischen Regierung wenden. Sie treten für den sofortigen Abzug der israelischen Armee aus dem gesamten Libanon ein. Wo sonst hätte denn der Platz einer Gewerkschaft zu sein?"

Die Verfasser, die von der Existenz des Staates Israel ausgehen, fordern im Weiteren das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser anzuerkennen, und unterstreichen nochmals, daß der Rückzug der israelischen Armee aus dem Libanon die Vorbedingung für jede weitere Regelung sein muß.

Dieser offene Brief ist nicht nur eine verdiente Abfuhr für Mechel und seine zionistische Staatsgewerkschaft, die sich nach der Zerschlagung der arabischen Arbeiterorganisationen noch über ein Jahrzehnt geweigert hatte, arabische Arbeiter als Mitglied aufzunehmen, sondern auch eine deutliche und längst überfällige Kritik am Kurs des DGB, der zu den Hauptinvestoren in Israel gehört und in dessen Reihen Scharfmacher wie IGBE-Schmidt seit langem ungehemmte Hetze gegen alles Arabische betreiben.



Israelische Kriegsverbrechen werden vom Histadrut-Chef bejubelt.

Kommentar der Woche

Steuerklassen gibt es, und so mancher möchte gerne in einer andere kommen. Aber: ob I oder IV, das ist hier nicht die Frage. Die Frage ist, ob reich oder arm. Arm ist derjenige, welcher am Ende jeden Monats seinen Streifen erhält und zähneknirschend feststellt, daß wieder mal mehr abgezogen wurde, als er dachte.

Der Fall Flick hatte schon öffentlich deutlich gemacht, daß es noch eine andere Steuerklasse gibt: die der Superreichen, die ihr Geld zum Besitztum der nationalen Volkswirtschaft erklären lassen und keine müde Mark Steuern zahlen. Mit drei bis vier Millionen Zuschuß an diverse Bonner Größen rund das vierhundertfache an Steuer gespart, das ist, im Sinne des Besitzers, wahrhaft günstig investiert.

Steuerklasse „reich“

Aber es gibt auch noch eine Steuerklasse für die, die eine Etage tiefer angesiedelt sind, wo es im Einzelfall nicht um Milliarden, sondern nur um Millönchen geht, oder gar nur um ein halbes. Verlustzuweisung heißt das Schlagwort, und man reißt sich in diesen Kreisen regelrecht um diese Verluste. Denn das mindert Gesamteinnahmen so beträchtlich, daß der dadurch ersparte Steuerbetrag diesen Verlust um ein Vielfaches wettmacht. Das ist sozusagen der organisierte, gemeinschaftlich geplante Bankrott zum Zwecke der Steuerbefreiung.

Wieviele Milliarden im Jahr das ausmacht, wird keiner genau ausrechnen können — die, die es vielleicht könnten, wollen es nicht. Und das ist ja auch nur eine Methode, wie man Steuern sparen kann — vorausgesetzt man gehört der Steuerklasse „R“ an, „R“ wie reich. Dieses Geschäft hat einen solchen Umfang, daß selbst ein kleiner Betrüger diese Leute um Abermillionen prellen kann, weil sie jede Chance nutzen. Was kürzlich im Fall Erlemann zu sehen war, der die Betrüger betrog. Was er eben nicht beachtete: Es gibt legalen und illegalen Betrug.

Man kann die Methoden des Steuerklaus der Reichen gar nicht alle aufzählen und erklären: viel zu spät gezahltes Geld, das in der Zwischenzeit manche Zinsen einbrachte, gefälschte Bilanzen und all dieese Dinge gehören auch dazu. Ganz zu schweigen von den immer neuen hochoffiziellen Bonner Geschenken a diese Steuerklasse.

Was den Herren von der Neuen Heimat recht war, das ist den Herren der alten Unternehmen nur billig. Steuersparend Kapital anlegen ist doch nichts schlimmes, hieß es bei den Gewerkschaftsbonzen — zu Recht kamen sie so damit nicht durch.

In Bonn allerdings sind die Breit und Vetter bestimmt auf große Zustimmung gestoßen. Dort heißt es, es sei eben zu wenig Geld in der Kasse, also muß gespart werden. Und die Reichen profitieren von dieser Staatskasse auf — mindestens — zwei Wegen: Sie bekommen überbezahlte Aufträge für ihre Unternehmen (vor allem wenn sie in der Rüstung tätig sind, wo die Preisregel „nach oben keine Grenze“ gilt). Und es werden ihnen -zig Wege geschaffen, um Steuern zu sparen, die sie eigentlich bezahlen müßten.

Das einzige was daran überrascht, ist die Unverfrorenheit der Bonner Politiker. Sie, die doch selbst an solchen Geschäften beteiligt sind, die die Schliche der Reichen abgesichert haben, sie stellen sich vor eine Fernsehkamera, vor ein Mikro oder vor einen Journalisten und beten ihren gesamten verlogenen Sermon herunter, von dem sie — genau so wie die meisten anderen Beteiligten — wohl wissen, daß er erlogen ist.

Wenn die CDU/CSU und Herr Genscher ständig von Selbstbeteiligung reden und das von ihnen entdeckte Anspruchsdenken kritisieren, so meinen sie natürlich nicht jene, die nur mit Geld jonglieren und sich aus Bonn die Taschen füllen lassen. Nein, sie meinen — wieder einmal — die andere Steuerklasse. Diejenigen, die jeden Monat zwangsabführen. Oder die, die deshalb keine Steuern zahlen, weil sie nichts haben. Keinesfalls aber die, die nicht zahlen, weil sie so viel haben.

Und die Sozialdemokraten? Höhere Besteuerung der Spitzenverdiener, das war einst eine Losung der SPD, die zumindest von Teilen der Partei sozusagen als halber Schritt zum Sozialismus betrachtet wurde, von der Parteimehrheit als Maßnahme zu mehr sozialer Gerechtigkeit. Ihr Tun geht aber heute stracks in die andere Richtung. Sie führen Maßnahmen zu weniger sozialer Gerechtigkeit durch. Wenn die Bundesrepublik heute — für die Reichen und nur für sie — ein bißchen Steuerparadies ist, wenn der Weg zur Steuerfreiheit für Millionäre und Milliardäre in jede Richtung gebahnt ist, dann ist das auch SPD-Politik.

Um so mehr muß man heute die Forderungen, die die KPD in der wirtschaftspolitischen Erklärung ihres Zentralkomitees formuliert hat, in die Öffentlichkeit tragen. „Die Reichen sollen die Krise bezahlen“. Sondersteuer für Millionäre und Abschaffung ihrer Sonderbehandlung, das ist der Weg, der für die Arbeiter, für die Werktätigen gangbar ist, kein anderer.

Helmut Weiss

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Der „Fall Kühl“ und die DAL

Die Steuertricks der Reichen

Staatsverschuldung und ihre wahren Ursachen (I)

Bei den paar Reichen, so meinte es der neue SPD-Finanzminister Lahnstein, da sei einfach nicht so viel zu holen, wie man brauche, um die Staatsverschuldung zu sanieren. Deshalb müsse es eben, so bitter es auch sei, den „kleinen Mann“ treffen, denn: die Masse macht's. Er hätte es besser wissen können, genauer gesagt: Er weiß es besser, er lügt. Dabei ist er wahrlich in bester Bonner Gesellschaft. Denn all jene, die von der nötigen Kürzung der Sozialausgaben reden, die die sogenannte „Selbstbeteiligung“ fordern, als hätten sie bisher des Arbeiters Krankenversicherung bezahlt (und nicht umgekehrt), sie wissen es ebenfalls besser. In einer Reihe von Einzeldarstellungen wollen wir im „Roten Morgen“ bekannte Fälle zusammentragen, in denen Millionäre mit Bonner Hilfe steuerfrei ausgehen.

Die Tricks, mit denen die Reichen in der Bundesrepublik ihre Steuerprivilegien durchsetzen, sind — in der Regel wenigstens — völlig legal. Sie ergeben sich aus der Steuergesetzgebung für Kapitalisten, die von allen Bonner Parteien gemeinsam getragen wird. Verlustzuweisungen, Anlagefonds, Auslandstransfer und -Beziehungen, so heißen die Schlagworte für die Methoden, mit denen die Staatskasse nicht etwa um ein paar Millionen, sondern um ganze Milliardenbeträge geprellt wird — wenn man einmal davon ausgeht, daß der Chef vom Finanzamt nicht mitmacht, wofür es genügend gegenteilige Beispiele gibt.

Einer der brisantesten Fälle wurde im Zusammenhang mit einem Artikel des „Spiegel“ der letzten Woche bekannt. In dem Artikel, der die Geschäfte des Herrn Kühl (Geschäftsführer der von ihm einst gegründeten DAL) mit seiner K & W Anlagegesellschaft.

In weniger als fünf Jahren, seit September 1977 organisierte K & W die Finanzierung von 111 verschiedenen Fonds, an denen sich rund 14000 reiche Deutsche



Finanzjongleur Kühl, Firmenschild: Milliarden an Steuern gespart haben seine 14000 Millionärskunden.

beteiligten — und zwar mit einer Summe von sage und schreibe 3,3 Milliarden Mark. Vom Höchststeuersatz ausgehend heißt dies, daß eigentlich 56 Prozent dieser Summe hätten versteuert werden müssen, denn dieses Geld war ja reines Einkommen, das nur zum Zweck der Steuerersparnis angelegt wurde. Das wäre eine Steuersumme von rund 1,85 Milliarden Mark, oder 370 Millionen jedes Jahr, die — im Höchstfall, der wahrscheinlich ist — nicht bezahlt werden mußten.

Und dies bei einer einzigen Organisation solcher Anlagefonds, unter denen die Konkurrenz groß ist, weil dabei für den Betreiber viel abfällt, von denen es über 100 (!) in der Bundesrepublik gibt. K & W ist dabei der größte, aber es gibt noch eine ganze Reihe anderer Großer in diesem gesetzlich geförderten Betrug am Lohnsteuerzahler.

Daß dabei viel „Musik drin“ ist, zeigt das im „Spiegel“ erwähnte Beispiel, daß Kühl alleine am Frankfurter Plaza Hotel 130 Millionen verdiente, daß die DAL in der Regel zwischen 15 und 20 Prozent der in den Fonds angelegten Gelder einkassiert, wovon Herr Kühl „lediglich“ ein Zehntel erhält.

Eine Belohnung von über 100 Millionen bei diesem kurzen Geschäftszeitraum — ein zusätzlicher Beweis dafür, daß die gesparten Steuern der Herren Anleger tatsächlich ein Mehrfaches davon darstellen, denn sonst würde es sich ja nicht lohnen.

Was nun das besondere am „Fall Kühl“ ist, weshalb dies überhaupt in die Presse kam, das ist die Beteiligung der Länderbanken, die sich also an Steuerentziehungsgeschäften massiv und gewinnreich beteiligen. Denn ohne die DAL im Rücken hätte die Kapital & Wert niemals auch nur eine annähernd so starke Position erreichen können. Die DAL betreut von den bei K & W investierten Summen immerhin 1,9 Milliarden Mark, runde 60 Prozent dieser Geschäfte kamen nur durch ihre Mithilfe zustande.

All dies kümmert nun weder Presse noch gar die Landesbanken, nur die Maßlosigkeit des Herrn Kühl, der immer neue Firmen gründete, die Aufträge der DAL erhielten, die gebaren die Bankersorge, daß man allmählich in ein schiefes Licht komme, durch diese ganze, völlig unübersichtliche Verquikkung, die man jetzt untersuchen läßt. Daß seine Frau gemeinsam mit der des Mainzer Oberbürgermeisters Fuchs die Werbeagentur innehat, die die Kampagnen für DAL und K & W organisiert, das sei hier nur am Rande vermerkt...

Jedenfalls sollte man den Finanzminister Lahnstein und seine Bonner Kollegen aus allen Parteien fragen, seit wann sie den „Spiegel“ nicht mehr lesen. Oder wie es eigentlich mit der Berichterstattung der Finanzämter aussieht. Oder mit den Gedächtnissen der Bonner Ministerialen. Oder aber mit den Quellen ihrer Einkünfte.

14000 Reiche haben hier, legal, ganz und gar legal, Steuern nicht bezahlt. Steuerausfall in Milliardenhöhe ist das Ergebnis. Wenn man dann noch dazu rechnet, daß es rund 100000 Millionäre gibt, die alle solche Tricks anwenden, dann ist es nicht besonders kühn, zu behaupten, durch eine entsprechende Gesetzesänderung könnte man schon einen Großteil fehlender Gelder beschaffen. Das könnte sogar Lahnstein. Er will aber nicht.

Die innerparteiliche Auseinandersetzung wird schärfer

SPD-Neuanfang in der Opposition?

Die SPD-Mitglieder Lafontaine, Gaus und Strasse standen am letzten Wochenende, nach Artikeln im „Stern“ und im „Vorwärts“, im Brennpunkt der Angriffe der Parteirechten um Egon Franke, weil sie das Ausscheiden der Partei aus der Regierung forderten und die Regeneration in der Opposition.

Nun ist die Argumentation der drei sicher stellvertretend für sehr viele linke Sozialdemokraten geführt worden, die es einfach nicht mehr mitansehen können, wie ihre Partei in Bonn (oder auch in Wiesbaden, Hamburg usw.) immer offener einen Kurs des Sozialabbaus beschreitet, wie im Namen der Sozialdemokratie dem Arbeiter genommen und dem Unternehmer gegeben wird.

Und auch Franke hat mit seiner Tirade, Lafontaine müsse aus der SPD ausgeschlossen werden, sicher ebenfalls stellvertretend für Leute gesprochen, die sich um die Gruppierung Renger, Leber, Börner und Co. sammeln. Regierungsbeteiligung um jeden Preis, auch um den, daß man Politik direkt gegen das eigene Parteiprogramm macht — was soll's, Hauptsache man bleibt wer, hat weiterhin Einfluß und Macht (die man wozu nützt?).

Brandt und Wehner, die überlebenden Väter des Godesberger Programms, das die SPD in den Augen des Kapitals hoffähig machte, taktieren einmal mehr: ja und nein, sowohl als auch ist ihre Rede. Sie haben Verständnis für alles, Brandt vor allem, der frisch vom Bestechungsverdacht Gereinigte. Aber faktisch sind sie natürlich derselben Meinung wie Franke — der hat zwar kein Verständnis, sie haben es, aber tun tun sie dasselbe: die Politik der Regierungsbeteiligung um jeden Preis verfolgen.

Was aber kann eine Regenerierung der SPD in der Opposition bringen? Ein paar radikalere Töne, um zu versuchen, die Widerstandsbewegung in allen Bereichen einzufangen? Ein Aufschwung auf Modestimmungen, um schnell Stimmen zu sammeln?

Die SPD wieder zu einer Arbeiterpartei zu machen, wovon so manche träumen?

Das allerdings würde einen dermaßen totalen Bruch mit der jüngsten und älteren Vergangenheit darstellen, daß man nicht an solch eine Möglichkeit glauben mag. Eine Arbeiterpartei sollte ja schon die berühmte „SPD der 80er Jahre“ werden, und sie ist es heute weniger denn je. Heute ist das ja so deutlich, daß auch breitere Massen ihrer Arbeiteranhänger abschwenken, weil sie den sozialen Rückschritt zu spüren bekommen.

Was soll denn da neu angefangen werden? Bei Gaus ist das noch am klarsten zu lesen, wenn er schreibt, da müßten Strömungen aufgefangen werden. Das ist also nur ein neuer Wahlkampf, der da geführt werden soll, wenn es nach ihm geht.

Ein Neuanfang in sozialdemokratischer Reformpolitik, wie ihn eine Reihe bekannter Parteilinker fordert?

Schon das könnte man heute nur, indem man dem Godesberger Programm abschwört, denn eine klassische sozialdemokratische Reformpolitik wird von den Kapitalisten unter den heutigen politischen und wirtschaftlichen Bedingungen mit Sicherheit nicht geduldet werden. Also wäre eine solche Politik nur machbar, wenn man den allseitigen Kampf gegen diese Klasse führt, den Klassenkampf also, dem ja gerade im Godesberger Programm offen und endgültig abgeschworen wurde. Ober glaubt jemand im Ernst, daß eine Reform wie beispielsweise die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall heute anders durchzusetzen wäre als mit einer offenen politischen Schlacht gegen das Kapital und die von ihm mobilisierte Reaktion? In einer Situation, wo die Reichen dieses Landes immer heftiger nach sozialem Kahlschlag rufen?

Wer Erneuerung der SPD ruft und dabei dem Godesberger Programm — nicht nur formal, sondern auch der von ihm bestimmten Politik — nicht abschwören will, der muß sich den Vorwurf gefallen lassen, daß er lediglich Wahltaktik betreibt.

Wer aber meint, daß ein grundsätzlicher Kurswechsel in dieser Partei möglich sei, der muß sich fragen lassen, wie er sich denn das wohl vorstellen möchte: Solche Kurswechsel wurden von jeher verhindert von der Parteiführung in Zusammenarbeit mit der Parteirechten. Die sich ja nicht zuletzt aus der Bürokratie und den Instanzen der Klassenzusammenarbeit rekrutiert, aus solchen Gremien wie dem Zusammenschluß sozialdemokratischer Oberbürgermeister — nicht zuletzt an der Ruhr — und was es da alles noch an mächtigen prokapitalistischen und kapitalistischen Einrichtungen gibt. Wer etwas in diese Richtung, in die Richtung einer Klassenpolitik für die Arbeiter verändern will, der wird innerhalb dieser SPD scheitern, wie schon so viele vor ihm.

Massenentlassungen bei den Chemischen Werken Hüls

Abbau von 4000 Arbeitsplätzen?

IG-Chemie-Bonzen: Verständnis für Arbeitsplatzvernichtung

MARL. — Woche für Woche häufen sich die Meldungen über Rationalisierungen, Arbeitsplatzabbau, Pleiten, Stillegungen und Massenentlassungen. Schon aus Platzgründen kann der RM aus dieser Fülle immer nur wenige, besonders krasse Beispiele herausgreifen bzw. auch solche Fälle, die aus anderen Gründen besondere Beachtung verdienen. Zu beiden Kategorien sind die kürzlich angekündigten Massenentlassungen bei den Chemischen Werken Hüls (CWH) zu rechnen.

In einem Informationsblatt vom 8. Juli 1982 kündigt die Geschäftsführung des Chemieunternehmens unter der Überschrift „Maßnahmen zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit von Hüls" ein sogenanntes „Zusatzprogramm 1982" an. In dem Schreiben heißt es: „*Um die Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens langfristig zu sichern, hält es die Unternehmensleitung noch vor Abschluß des im August 1981 begonnenen Rationalisierungsprogramms (AKB) für unerläßlich, weitere Maßnahmen zur Überwindung der konjunkturellen und strukturellen Schwierigkeiten einzuleiten.*"

Dem noch laufenden Rationalisierungsprogramm mit der Bezeichnung AKB sind inzwischen bereits 800 Arbeitsplätze zum Opfer gefallen, weitere 700 stehen noch auf der Vernichtungsliste. Zu dieser Zahl von 1500 gestrichenen Stellen soll jetzt eine noch größere Zahl von Streichungen hinzukommen.

Die Hüls-Bosse selbst sprechen von noch einmal 1500, jedoch gilt diese Zahl unter Gewerkschaftern als total beschönigt. In der Lokalpresse wurde bereits eine Zahl von 4000 oder gar 5000 genannt. Die Entlassungen sollen sowohl in Form des vorfristigen Ausscheidens der Kollegen ab 59 Jahren als auch über Abfindungen durchgezogen werden. Zusätzlich will man — wie es in dem besagten Informationsblättchen heißt — „*weiterhin die natürliche Fluktuation unter Beibehaltung des Einstellungsstopps als ein Mittel des Personalabbaus nutzen*". Und als ein weiteres Mittel der Arbeitsplatzvernichtung steht den Hüls-Bossen der Abbau der sogenannten "Unternehmerleute" zur Verfügung: „*Ferner werden die Verträge mit einigen im Haus tätigen Firmen aufgekündigt*", heißt es in dem Vorstandsblatt.



Müssen um ihre Arbeitsplätze fürchten: Beschäftigte der Chemischen Werke Hüls.

Die Chemischen Werke Hüls verfügen derzeit über einen Personalbestand von rund 17750 Beschäftigten, wovon etwa 14000 im Marler Stammwerk arbeiten.

Außer dem Wegrationalisieren von Arbeitsplätzen soll auch Kurzarbeit, zu der zunächst in den nächsten zwei Monaten 1600 Beschäftigte verdonnert werden sollen, den Profiten der Hüls-Kapitalisten neuen Auftrieb verleihen. Diese Maßnahme wird vor allem mit Absatzeinbußen bei Kunststoffen (PVC) und Düngemitteln begründet.

Die Chemischen Werke Hüls sind übrigens im Gegensatz zu anderen Großunternehmen der Chemie-Industrie im Bereich der Arzneimittelherstellung nicht engagiert.

Völlig unabhängig davon, ob es sich nun um die sogenannte „Wettbewerbsfähigkeit" oder mehr um konjunkturelle Schwierigkeiten der CWH-Kapitalisten handelt — das ist nicht im geringsten das Bier der Arbeiter und Angestellten! Diese Suppen werden immer von den Profitgeiern gebraut; sie sollen sie gefälligst auch alleine auslöffeln. Deshalb kann es für die Belegschaft nur einzig und allein darum gehen, kompromißlos jedwede Arbeitsplatzvernichtung abzulehnen und auch gegen die Kurzarbeit entschieden Front zu machen.

Alles andere schwächt die Position und Kampffähigkeit der Arbeiter und Angestellten und begünstigt die Angriffe der Kapitalisten.

Die IG-Chemie-Bonzen jedoch sind berüchtigt als fanatische Jünger der Sozialpartnerschaft. Sie zerbrechen sich hundertmal lieber den Kopf ihrer „Sozialpartner" in den Chefetagen als sich um die Sorgen und Nöte der Arbeiter zu kümmern. So brachte die IG Chemie in Marl ein Flugblatt zu dem angekündigten Rationalisierungsprogramm heraus, das bezeichnenderweise die folgende Überschrift trägt: „*Wirtschaftliche Situation der CWH hat sich weiter verschlechtert*".

Von einer Ablehnung des Entlassungsfeldzuges oder gar von notwendiger gewerkschaftlicher Gegenwehr ist in dem Flugblatt mit keiner Silbe die Rede. Im Gegenteil. Das Rationalisierungsprogramm und der Arbeitsplatzabbau stoßen bei den IG-Chemie-Bonzen auf volles Verständnis, wie etwa folgender Absatz aus dem Flugblatt unverkennbar anklingen läßt:

„*Es gibt keinen Blankoscheck des Betriebsrates und der Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat für den Vorstand, in den er dann nur noch die Zahl der wegzustreichenden Stellen einsetzen kann. Es muß klar zu erkennen sein, wo geht der Weg lang? Es genügt nicht, nur zu sagen, wo das Ziel steht.*"

Das Ziel, die Vernichtung Tausender von Arbeitsplätzen, scheint für diese Bonzen außerhalb jeder Debatte zu stehen! Muß einen da nicht die heiße Wut überkommen?



„Die Banken gewinnen immer, für uns wird's nur noch schlimmer"; und: „Lohnverzicht lohnt sich nicht". Diese Parolen auf der Demonstration von AEG-Beschäftigten in Hamburg Ende Juni dieses Jahres sind nach wie vor brandaktuell. Die Bundesbürgschaft in Höhe von 600 Millionen Mark, mit der AEG zunächst vor dem Konkurs bewahrt wurde, ermöglicht den Arbeitern und Angestellten nur eine ganz kurze Atempause. Die Arbeitsplätze bei AEG aber werden dadurch nicht gesichert. Das Damoklesschwert des Zusammenbruchs hängt nach wie vor über dem zweitgrößten deutschen Elektrokonzern. Auf jeden Fall aber werden die Banken versuchen, mit einem weiteren Kahlschlag an Arbeitsplätzen und der Zerlegung und Ausschlachtung von AEG-Telefunken ihr Schäfchen ins Trockene zu bringen. Gleichzeitig versucht man, die Angst der Belegschaften vor dem Arbeitsplatzverlust auszunutzen, um ihnen Lohnsenkungen aufs Auge zu drücken.

Bonner Bürgschaft ohne Arbeitsplatzgarantien

Kampf um AEG-Arbeitsplätze geht jetzt erst richtig los

BONN/FRANKFURT. — Die Bundesregierung hat dem zweitgrößten bundesdeutschen Elektrokonzern AEG-Telefunken eine Bürgschaft von mehr als 600 Millionen Mark zugestanden. Das Überleben des Riesenunternehmens (120000 Beschäftigte) ist damit zwar um einige Monate sichergestellt. Aber Bonn hat keinerlei Bedingungen bezüglich der Erhaltung von Arbeitsplätzen an die Finanzhilfe geknüpft. Im Gegenteil.

Die Banken, die den Elektroriesen kontrollieren, allen voran die Dresdner Bank und die Deutsche Bank, haben diese Bürgschaft erpreßt, indem sie dem mit rund fünf Milliarden Mark verschuldeten Konzern die Kreditlinien abschnitten. Hätten sie diese jetzt nicht wieder freigegeben und damit der AEG nicht neuen Liquiditätsspielraum verschafft, so wäre der Konkurs des Elektrokonzerns nur noch eine Frage von wenigen Wochen gewesen.

Aber länger als für drei bis vier Monate ist die AEG nun finanziell nicht abgesichert. Außer einer Atempause ist noch nichts gewonnen. Und diese ist verdammt kurz. Nach wie vor stehen die AEG-Belegschaften und die Gewerkschaft vor der Aufgabe, die Profitstrategie der Finanzhaie zu durchkreuzen, bevor es endgültig zu spät ist. Durch Kampfmaßnahmen müssen weitere Arbeitsplatzvernichtungen, weitere Stillegungen und Massenentlassungen abgeblockt werden. Nach wie vor steht auch die Aufgabe, das sogenannte Sanierungskonzept des Konzernvorstands und der Banken („Konzept AEG '83") abzuschmettern, das auf der Zerschlagung und Ausschlachtung des Konzerns abzielt.

Die mehr als eine halbe Milliarde Mark an staatlicher Bürgschaft sichert keine Arbeitsplätze. Dieses Geld sichert lediglich die Profite der Banken, die weiterhin den von den Belegschaften erarbeiteten Gewinn rücksichtslos bis auf den letzten Pfennig in Form von Zinsen aus dem bei ihnen verschuldeten Unternehmen herausziehen. Auf diese Art haben die Dresdner Bank und die Deutsche Bank in den letzten Jahren an der Misere von AEG bereits mit Milliardenbeträgen profitiert.

Würden in Bonn nicht immer nur die Profitinteressen der Kapitalisten, vor allem aber die Wünsche der Hochfinanz, offene Ohren finden, so hätten längst ultimative Forderungen an die Großbanken nach einem Zins- und Kreditrückzahlungsverzicht gerichtet werden müssen. Gleichzeitig hätte die Regierung alle ihre Möglichkeiten dazu einsetzen müssen, um eine wirkliche Sanierung des Elektroriesen einzuleiten. Allerdings nicht eine „Sanierung" im Sinne der Bereicherung einiger Finanzmagnaten, sondern im Sinne der langfristigen Existenzsicherung des Konzerns und der Erhaltung aller Arbeitsplätze.

Die Regierung jedoch handelt genau umgekehrt. Zwar fürchtet sie sich vor einem spektakulären und schlagartigen Zusammenbruch dieses Mammutunternehmens, weil dies ihr eigenes Ende zumindest beschleunigen und überhaupt sogenannten „politischen Flurschaden" von unabsehbarem Ausmaß anrichten würde. Ansonsten jedoch unterstützt sie die Profitstrategie der Großbanken vorbehaltlos.

So dachte man in Bonn im Traum nicht daran, die Gewährung der Bürgschaft mit irgendwelchen Bedingungen im Sinne von Arbeitsplatzgarantien zu verknüpfen. Im Gegenteil: Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff verband sie mit der Aufforderung, jetzt müsse unverzüglich die „Strukturbereinigung" des Konzerns eingeleitet werden. Und vor allem müsse „die Belegschaft materielle Opfer auf sich nehmen".

Mit Strukturbereinigung ist selbstverständlich in erster Linie der Abbau von Kapazitäten, d. h. die Durchführung der bereits bekannten wie auch bislang noch nicht angekündigten Stillegungen und Massenentlassungen gemeint. Die materiellen Opfer bestünden wohl in einem Lohn- und Gehaltsverzicht der noch verbliebenen Belegschaften.

Aber Opfer in dem von Lambsdorff so zynisch angesprochenen Sinn haben die AEG-Beschäftigten in den letzten Jahren bereits in äußerst schmerzhaftem Ausmaß gebracht. Allein in den letzten drei Jahren wurden 30000 Arbeitsplätze bei AEG vernichtet. Die Betriebsrenten wurden um bis zu 60 Prozent gekürzt. Das Märchen, daß solche Opfer zur Sicherung der Arbeitsplätze beitragen würden, ist durch die harten Tatsachen widerlegt.

Es ist höchste Zeit für die Belegschaften des AEG-Konzerns, mit allen derartigen Illusionen Schluß zu machen und entschlossen den Weg der kompromißlosen Verteidigung aller Arbeitsplätze zu gehen. Die IG Metall hat die unbedingte Pflicht, jeden Schritt in diese Richtung zu fördern und alles zu tun, um eine einheitliche, geschlossene Kampffront aller AEG-Belegschaften zu schaffen.

Riesenverluste bei der Neuen Heimat

Kapitalistischer Klotz am Bein unserer Gewerkschaften

DÜSSELDORF. — Mehr als eine halbe Milliarde Mark Verlust weist die Neue Heimat Städtebau (NHS) für das abgelaufene Geschäftsjahr aus. Erneut sollen nun die Gewerkschaftskassen um Hunderte von Millionen Mark geplündert werden, um das Minus des gewerkschaftseigenen Konzerns abzudecken. Zugleich kündigte Vietor-Nachfolger Hoffmann einen massiven Personalabbau an.

Der Verlust der NHS, der unter anderem durch abenteuerliche Spekulationsgeschäfte unter dem gefeuerten Skandalboß Vietor im Ausland entstanden ist, wird auf 561 Millionen Mark beziffert. Zudem berichten Wirtschaftszeitungen über Befürchtungen, daß sich noch höhere Verluste herausstellen könnten. Es gäbe Gerüchte, daß im Vorratsvermögen befindliche Grundstücke der NHS, wie auch der „gemeinnützigen" Neuen Heimat zu Werten bilanziert sind, die um ein Viertel über dem tatsächlichen Marktpreis liegen.

Aber auch mit den bisher feststehenden 561 Millionen Mark Verlust ist die NHS eigentlich schon konkursreif. Jetzt sollen die Einzelgewerkschaften, die bereits Ende letzten Jahres 220 Millionen Mark in die neue Heimat buttern mußten, um Verluste abzudecken, erneut mit 350 Millionen Mark einspringen. Der IG-Metall-Vorstand hat bereits beschlossen, 75 Millionen Mark zur Rettung der NHS locker zu machen.

Angesichts der Kampfaufgaben, denen unsere Gewerkschaften sich heute gegenüberstehen, ist jede einzelne Mark, die für einen solchen Zweck aufgebracht wird, eine Mark zuviel. Denn nichts kann darüber hinwegtäuschen, daß dieses Geld dann letztlich in den Streikkassen fehlt.

Und Summen, wie sie hier zur Disposition stehen, sind für Gewerkschaften gewaltige Beträge. Wer sie ihnen entzieht, schwächt die Kampfkraft und die Beweglichkeit unserer Gewerkschaften in drastischer Weise. Man braucht sich dann nicht mehr zu wundern, wenn die rechten DGB-Führer jetzt zum Beispiel Himmel und Hölle in Bewegung setzen, um nur ja den Kampf für die 35-Stunden-Woche von der Tagesordnung abzusetzen.

Neben den erwähnten Finanzspritzen der Einzelgewerkschaften wollen die NH-Manager auch das beliebteste kapitalistische Mittel bei der Sanierung eines Unternehmens anwenden: Personalabbau! Der neue Konzernchef Dieter Hoffmann verkündete bereits, ein „beachtlicher Personalabbau" bei dem Wohnungsbauunternehmen sei notwendig. Die Betriebsräte und die Gewerkschaft HBV reagierten empört auf diese Ankündigung des Vietor-Nachfolgers.

Keine Frage: Eine Gewerkschaft kann es unmöglich mit ihren Grundsätzen und Zielen vereinbaren, wie ein normaler Unternehmer Arbeitsplätze zu vernichten und Lohnabhängige auf die Straße zu setzen, um Profite zu sichern. Dieser Umstand ist jedoch nur ein Aspekt der umfassenderen Wahrheit, daß die Gewerkschaften sich unweigerlich in Gegensatz zu ihrem eigenen Auftrag, als Vertreter der Interessen der Arbeiterklasse, setzen, sobald sie beginnen, selbst Unternehmerfunktionen zu übernehmen. Der DGB-eigene Konzern (nicht nur die Neue Heimat) ist und bleibt ein Krankheitsherd im Körper unserer Gewerkschaften, der diesen Körper zunehmend vergiften und lähmen wird, falls man ihn nicht endlich radikal herausoperiert.

DGB-Landesbezirksvorstand — keine Aktionen gegen Operation '83

Stattdessen: Appelle an die Abgeordneten

BOCHUM. — Auf der Landesdelegiertenkonferenz des Bezirks Nordrhein-Westfalen am 10. Juli bestätigte sich schlagend die im letzten „Roten Morgen" gegebene Einschätzung, daß die DGB-Führung den Protest gegen die Bonner Sozialabbau-Politik im Rahmen der „Operation '83" auf Appelle an die Parlamentsabgeordneten und Minister begrenzen will.

Die außerordentliche DGB-Landeskonferenz war hauptsächlich einberufen worden, um für den in den DGB-Bundesvorstand aufgerückten bisherigen Landesvorsitzenden Siegfried Bleicher einen Nachfolger wählen zu lassen. Wobei das Wort wählen eigentlich in Anführungsstriche zu setzen ist, denn offensichtlich stand das Wahlergebnis von vorneherein fest. Mit 80 von 93 Stimmen wurde der Bevollmächtigte der IG Metall in Neuss, Michael Geuenich (Unterbezirksvorsitzender der SPD/Mittelrhein) zu Bleichers Nachfolger nominiert. Direkt nach der Wahl — bevor Geuenich noch gefragt worden war, ob er die Wahl überhaupt annehme — wurde dem neugewählten Landesbezirksvorsitzenden auch schon ein Glückwunschtelegramm übermittelt.

Auf der Konferenz sprach auch der neue DGB-Vorsitzende Breit. Breit machte unter anderem Aussagen zur Frage der Arbeitszeitverkürzung, die gegen den Kampf für die 35-Stunden-Woche gerichtet waren (siehe nebenstehenden Beitrag). Zur „Operation '83" erklärte Breit: „Die Arbeitnehmer werden die Eingriffe in die sozialen Leistungsgesetze nicht widerspruchslos hinnehmen". Was hinter dieser phrasenhaften Aussage konkret steckt, wurde auf der Konferenz dann greifbar deutlich.

Auf Betreiben der Mehrheit des DGB-Landesbezirksvorstands wurde die Verabschiedung eines Initiativantrages mit dem Titel **„Aktionen gegen die Operation '83"** verhindert. Dies zweifellos deshalb, weil der Antrag die DGB-Führungsgremien der verschiedenen Ebenen auffordert, so schnell als möglich Aktionen gegen den Regierungsentwurf für den Bundeshaushalt 1983 einzuleiten (siehe Kasten). Stattdessen wurde ein anderer Antrag verabschiedet, der als Appell abgefaßt ist, indem „die Abgeordneten des Deutschen Bundestages, des Landtages NRW, sowie die Landesregierung" aufgefordert werden, „im Bundesrat alles zu tun, damit der geplante Abbau von Sozialleistungen zur Sanierung des Bundeshaushaltes 1983 verhindert wird."

Die rechten DGB-Führer und ihre Gefolgsleute sind also bereits voll am Ball, um alle Weichen so zu stellen, daß der Protest der Gewerkschaften gegen die „Operation '83" nicht zu einem wirklichen und wirkungsvollen Kampf „ausartet", sondern sich in frommen Appellen an die Politiker erschöpft. Aber noch ist es möglich, ihnen einen Strich durch die Abwiegelrechnung zu machen!

Für bundesweite Demonstration gegen „Operation '83"

Auf Betreiben der Mehrheit des Landesbezirksvorstandes unterblieb auf der Landesbezirksdelegiertenkonferenz des nordrhein-westfälischen DGB vom 7. Juli die Verabschiedung eines bestimmten Initiativantrages zum Bundeshaushalt 1983. Dieser Antrag wurde stattdessen lediglich unverbindlich „als Material weitergeleitet". Wörtlich heißt es in dem Antrag:

„Die Gewerkschaften haben seit Jahren an die Bundesregierung appelliert, ihre krisenverschärfende und unsoziale Politik zu beenden — ohne Erfolg. Die Gewerkschaften müssen jetzt offensiv Widerstand zeigen.

Die außerordentliche DGB-Landesbezirkskonferenz NRW beauftragt deshalb den DGB-Landesbezirksvorstand und den DGB-Bundesvorstand, schnellstmöglich folgende Aktivitäten einzuleiten:

- **Eine Flugblattkampagne vor den Betrieben und in der Öffentlichkeit, in der auf die unsoziale und krisenverschärfende Politik der Bundesregierung hingewiesen wird,**
- **Protestresolutionen und -schreiben von gewerkschaftlichen Gremien und aus Betrieben an die örtlichen Bundestagsabgeordneten,**
- **Protestveranstaltungen am Ort.**

Damit soll erreicht werden, daß der jetzt vom Bundeskabinett vorgelegte Haushalt vom Parlament so nicht verabschiedet, sondern entscheidend entsprechend den DGB-Forderungen verändert wird. Außerdem soll damit für den Herbst 1982 eine landes- oder bundesweite Kundgebung und Demonstration vorbereitet werden, durch die sich der DGB für seine Forderung nach Sicherung der Vollbeschäftigung offensiv und demonstrativ einsetzt."



Der Widerstand gegen die Sparpolitik der Regierung wächst. Am Montag letzter Woche (12. Juli) demonstrierten in Düsseldorf rund 9000 Beamte von Bahn, Post und anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes (darunter auch Tausende von Polizisten) gegen die Verschleppung ihrer Besoldungsanpassung um drei Monate.

Betriebsräte Bosch/Reutlingen zum Haushalt '83

„Wir verlangen, daß Taten folgen..."

Im letzten „Roten Morgen" zitierten wir verschiedentlich aus einer Resolution der IG-Metall-Betriebsräte von Bosch/Reutlingen und Rommelsbach zu den Sparbeschlüssen der Bundesregierung (Operation '83). Im folgenden veröffentlichen wir die vom 6. 7. 82 stammende Resolution in ihrem vollen Wortlaut.

Mit Bestürzung und Empörung haben wir IG-Metall-Betriebsräte der Firma R. Bosch GmbH Reutlingen und Rommelsbach, die Sparbeschlüsse der Regierung zum Haushalt 1983 zur Kenntnis genommen.

Weiterhin werden die kleinen Leute zur Kasse gebeten. Die Eigenbeteiligung bei Krankenhausaufenthalt und bei Inanspruchnahme von Kuren, die Verschlechterung bei Arbeitslosigkeit, Erhöhung des Arbeitslosenbeitrags und die Belastung der Rentner zur Krankenversicherung geben ein beredtes Zeugnis dafür.

Wir protestieren mit allem Nachdruck gegen eine solche Politik. Wir sind nicht länger gewillt, die Unfähigkeit der Unternehmer und der Politiker, die die Krise dieser Wirtschaftsordnung auf unseren Rücken austragen wollen, hinzunehmen.

Deshalb schließen wir uns den Aussagen und Beschlüssen der Delegierten des DGB-Kongresses in Berlin an und fordern:

„Keine weitere Hinnahme des Abbaus an unserem sozialen Besitzstand!"

Wir fordern vom Vorstand der IG Metall und des DGB, daß es in dieser Frage nicht wie bisher, nur bei verbalen Erklärungen bleibt.

Wir verlangen daß Taten folgen, daß konkrete, eindrucksvolle Aktionen gegen den Sozialabbau organisiert und durchgeführt werden.

Die am 7. November 1981 in Stuttgart durchgeführte Protestveranstaltung sollte da als Beispiel dienen und in ähnlicher Form als Auftakt durchgeführt werden.

Aber dabei darf es nicht bleiben. Wenn nötig, müssen alle unsere Mittel, bis zum letzten eingesetzt werden.

Wir geben eindringlich zu bedenken, wenn die Organisation, wenn die Führung weiterhin nahezu kampflos diese Entwicklung hinnimmt, wird der Protest, wird die längst fällige Gegenwehr ohne die Führung beginnen und an ihr vorbeigehen.

Die Geschichte der Arbeiterbewegung zeigt uns auf, daß wir durch Stillhalten und Nachgeben immer nur „Rückschritt" ernten werden.

DGB-Vorsitzender Breit untergräbt Front für 35-Stunden-Woche

Wenn der Bock als Gärtner...

BOCHUM. — Offen hat jetzt der neue DGB-Vorsitzende Ernst Breit gegen eine einheitliche und solidarische gewerkschaftliche Kampffront für die 35-Stunden-Woche Stellung genommen. Damit entpuppt er sich als Partner jener rechten Mafia unter den Spitzenfunktionären des DGB und seiner Einzelgewerkschaften, die gegenwärtig gezielt und koordiniert gegen dieses so entscheidende aktuelle Kampfziel der Gewerkschaften intrigieren und wühlen (siehe Seite 5: „Auf offenem Spalterkurs...").

Auf einer außerordentlichen Konferenz des DGB-Landesbezirks Nordrhein-Westfalen am vorletzten Samstag (10.7.) nahm Vetters Nachfolger Ernst Breit zu den gegenwärtig innerhalb des DGB laufenden Auseinandersetzungen über das Problem der Arbeitszeitverkürzung Stellung. Und zwar blies Breit in vollen Tönen in das Horn derjenigen, die gegenwärtig systematisch darauf hinarbeiten, einen Kampf für die Verkürzung der Wochenarbeitszeit, d.h. für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich, zu verhindern.

Breit erklärte, für den DGB müsse die Frage offengelassen werden, welche Form der Arbeitszeitverkürzung angestrebt werden solle; die Antwort auf diese Frage werde von Gewerkschaft zu Gewerkschaft verschieden sein; bei einer Verkürzung der Wochenarbeitszeit — so Breit — werde das Argument der Kosten sich auf die Tarifverhandlungen auswirken; demgegenüber seien auch andere Wege möglich: eine kürzere Lebensarbeitszeit durch längere Ausbildungszeiten oder durch die Tarifrente...

Diese Stellungnahme ist ein Schlag ins Gesicht aller Gewerkschafter, die endlich die brennend notwendige Forderung nach der 35-Stunden-Woche auf die Tagesordnung gesetzt wissen wollen. Sie steht auch in direktem Gegensatz zu den auf dieses Thema bezogenen Diskussionen und Beschlüssen des 12. ordentlichen DGB-Bundeskongresses im vergangenen Mai in Westberlin. Der Kongreß war zu dem Ergebnis gekommen, daß die 35-Stunden-Woche ein überragendes aktuelles tarifpolitisches Ziel des DGB ist und daß es zu seiner Verwirklichung eines gemeinsamen und solidarischen Vorgehens der Einzelgewerkschaften bedarf.

Breit unterstützt hier in jedem Punkt die Angriffe der von Döding (Gewerkschaft Nahrung Genuß Gaststätten) und Hauenschild (IG Chemie Papier Keramik) angeführten rechten Mafia, die eifrigst daran arbeiten, das gewerkschaftliche Lager in der Frage der Arbeitszeitverkürzung zu spalten und kampfunfähig zu machen.

Erstens indem er die Wochen- und Lebensarbeitszeitverkürzung, anstatt sie als sich ergänzende Forderungen (bei Vorrangigkeit der Wochenarbeitszeitverkürzung) zu bestimmen, alternativ setzt.

Zweitens indem er die Notwendigkeit einer geschlossenen, solidarischen und einheitlichen Haltung der Einzelgewerkschaften im Kampf um Arbeitszeitverkürzung verneint und damit der in diesem Punkt so eisern vereinheitlichten und disziplinierten Unternehmerfront (Tabukatalog) ein zersplittertes und gespaltenes Gewerkschaftslager entgegenstellt.

Drittens indem er erneut durchblicken läßt, daß die DGB-Führung nicht ernsthaft an der Forderung nach vollem Lohnausgleich festhält, sondern für das „Kostenargument" der Unternehmer durchaus ein offenes Ohr hat; wobei er sich andererseits sehr wohl darüber klar ist, daß damit die Verankerung der 35-Stunden-Woche als Forderung unter den Arbeitermassen entscheidend geschwächt wird.

Das Verhalten von Ernst Breit entspricht genau dem verheerenden Wirken eines Bockes, der absurderweise zum Gärtner gemacht worden ist. Daß Breit bereits nach so kurzer Amtszeit derart ungeniert und volle Pulle im Konzert der rechtesten Clique mitspielt, läßt für die Zukunft Schlimmes befürchten.

Aus der Gewerkschaftspresse

Detlev Hensche in „druck und papier"

„Der Preis wird unerträglich"

So konsequent und kompromißlos in der Stoßrichtung hat bislang noch kein offizielles DGB-Organ zur Bonner Haushaltspolitik und der notwendigen Haltung der Gewerkschaften dazu Stellung bezogen, wie „druck und papier" dies in ihrer neuesten Ausgabe tat (120/14 vom 14.7. 82). Autor des als Leitkommentar aufgemachten Beitrages ist Detlef Hensche, Mitglied des Geschäftsführenden Hauptvorstandes der IG Druck und Papier. Im folgenden dokumentieren wir Hensches Beitrag im vollen Wortlaut.

In dramatischen Verhandlungen hat sich die Bundesregierung über den Haushalt '83 verständigt. Die Koalition scheint vorerst gerettet. Den Preis zahlen die Arbeitslosen, Rentner und die Kranken. Die soziale Sicherheit geht vor die Hunde, Schritt für Schritt.

Dies ist nun binnen Jahresfrist die vierte Operation, die empfindliche Schnitte in das soziale Netz bringt. Es begann im vergangenen Sommer mit dem Haushalt '82. Dann folgte die Verschärfung der Zumutbarkeitsregelung zu Lasten der Arbeitslosen. Daran schloß sich das sogenannte Beschäftigungsprogramm an, das unter anderem den Mieterschutz einschränkte. Und nun der Haushalt '83!

Um nur einige Beispiele zu nennen:

- Höhere Rezeptgebühren.
- Krankenversicherungsbeiträge der Rentner.
- Senkung der Beiträge der Arbeitslosenversicherung an die Renten- und Krankenkasse auf 70 Prozent des bisherigen Bruttoeinkommens; dieselbe Bemessungsgrundlage soll für Zeiten der Krankheit und Ausbildung gelten. Die Folge: Rentenkürzungen bis zu 70 Mark!
- Eigenbeitrag für die erste Woche des Krankenhausaufenthalts und für Kuren.

Das letzte ist vermutlich der folgenschwerste Sündenfall. Auch wenn der Eigenbeitrag nur 5 Mark pro Tag betragen soll, so ist mit ihm erstmalig das Prinzip des solidarischen und kollektiven Versicherungsschutzes aufgegeben, zugunsten der Privatisierung des Krankheitsrisikos; spätere Erhöhungen des Eigenbeitrags werden folgen.

Sicher, bei alledem konnten auch der FDP einige Zugeständnisse abgehandelt werden, wie die Einschränkung einzelner Steuerprivilegien. Man nennt das „soziale Ausgewogenheit". Aber: Zum einen wird schon die CDU im Bundesrat dafür sorgen, daß sich die spärlichen Opfer der Reichen noch mehr verflüchtigen. Zum anderen kann es doch nicht darum gehen, den Sozialabbau zu verschönen, indem den Spitzenverdienern einige Steuerschlupflöcher verstopft werden. Durch derartige längst überfällige Korrekturen wird die soziale Demontage nicht erträglicher.

Vielmehr geht es darum, wessen Interessen sich durchsetzen: Die der abhängig Beschäftigten, die soziale Sicherheit brauchen und endlich Maßnahmen zur Beschäftigung erwarten, z.B. zu Lasten des Rüstungshaushalts. Oder die der Unternehmer und ihrer Freunde, die wachsende Arbeitslosigkeit hinnehmen und weitere Gewinnsteigerung zu Lasten der Arbeitnehmer und Rentner durchsetzen wollen. Dazwischen gibt es keinen Kompromiß.

Das Koalitionsergebnis wurde als Sieg des Bundeskanzlers gefeiert. Doch Genscher stellte schon wenige Tage später fest, die FDP habe *„der SPD die Wende abgerungen"*, und zwar die *„Wende weg vom Anspruchsdenken"*.

Genscher hat recht. Abermals hat die Regierung einen Schritt des Sozialabbaus vollzogen. In der Absicht, die ohnehin totgeweihte Koalition zu retten. Wie soll die daran beteiligte SPD eigentlich später weitere Demontage glaubwürdig entgegentreten, etwa wenn die CDU die Regierung übernommen hat, nachdem sie die entscheidenden Weichen selbst gestellt hat? Schon einmal hat sich die Arbeiterbewegung um ihre Widerstandskraft und zuletzt um ihre Existenz gebracht, indem ihre Repräsentanten den Sozialabbau hinnahmen in der blinden Hoffnung, auf diesem Wege Schlimmeres (den Nationalsozialismus) zu verhindern. Das Ergebnis ist bekannt.

Deshalb komme man uns, den Gewerkschaften, nicht mit der Biertischalternative: Schmidt oder Strauß. Vielmehr stehen wir vor der Alternative: entweder Duldung von Arbeitslosigkeit und Sozialabbau oder Widerstand, gleich wie die Regierung heißt.

Detlef Hensche

Rechte DGB-Führer schießen quer

Auf offenem Spalterkurs gegen 35-Stunden-Woche

Mit ihren Versuchen, die Tariffrente als Alternative zur 35-Stunden-Woche aufzubauen, wollen die rechten Gewerkschaftsführer eine weitere Festschreibung der 40-Stunden-Woche durch die Hintertür einschmuggeln. Das Ergebnis der Klausurtagung des IGM-Vorstandes vom 17. / 18. Juni bedeutet zunächst eine Schlappe für diese Kräfte. Aber kaum war dies sichtbar geworden, starteten die 35-Stunden-Muffel einen neuen Vorstoß, obgleich sie dadurch eine offene Spaltung des gewerkschaftlichen Lagers provozieren.

Der Beschluß der Klausurtagung des IGM-Vorstandes vom 17. / 18. Juni 1982 zur tarifpolitischen Schwerpunktbildung brachte zwar noch nicht die konkrete Weichenstellung für das Anpacken des Kampfes um die 35-Stunden-Woche. Allerdings ist er insofern ein wichtiger Schritt in diese Richtung, als er eindeutig die Vorrangigkeit der Wochenarbeitszeit heraustellt und sich gegen das Ausnutzen der Tarifrentenforderung mit dem Ziel einer weiteren Festschreibung der 40-Stunden-Woche ausspricht.

Angesichts des Gewichtes, das die IG Metall als weitaus größte Einzelgewerkschaft für die tarifpolitische Diskussion und den Entscheidungsprozeß im DGB besitzt, war dieses Ergebnis der Auseinandersetzung im IGM-Vorstand ein Rückschlag für die „Tarifrentenfraktion" nicht allein in der IGM, sondern im gesamten DGB.

Die Reaktion erfolgte prompt. Und zwar in Form eines „Gemeinschaftsbriefes" der beiden Hauptverfechter dieser Fraktion, der Gewerkschaftsvorsitzenden Hauenschild und Döding, an Bundeskanzler Schmidt. Döding und Hauenschild ersuchen in diesem Brief darum, daß doch baldmöglichst die gesetzlichen Rahmenbedingungen für ein Tarifrentenmodell vorgelegt werden sollen. Dieser „Gemeinschaftsbrief" hat zweifellos den Charakter einer demonstrativen Gegenreaktion auf den Beschluß des IGM-Vorstandes. Zudem wird damit das Eingreifen von Bundesregierung und SPD in eine innergewerkschaftliche Auseinandersetzung herausgefordert.

Mehr noch. Auf dem DGB-Kongreß im Mai in Westberlin wurden nahezu einstimmig Beschlüsse verabschiedet, die sowohl die 35-Stunden-Woche als tarifpolitischen Schwerpunkt des DGB für die nächste Zeit bestätigen, als auch die Notwendigkeit einer „stärkeren Koordinierung und Solidarisierung der gewerkschaftlichen Tarifpolitik" hervorheben. Hauenschild und Döding haben sich nun mit ihrem „Gemeinschaftsbrief" an den Bundeskanzler in provokatorischer Weise über diese Beschlüsse des höchsten DGB-Gremiums hinweggesetzt.

Was diese beiden profilierten Exponenten einer extrem auf Sozialpartnerschaft eingeschworenen Richtung da betreiben, hat mit der Wahrnehmung einer gewissen Eigenständigkeit der Einzelgewerkschaften gegenüber dem Dachverband nichts mehr zu tun. Das ist schlicht und ergreifend Spalterpolitik. Man kümmert sich einen Dreck um die notwendige Geschlossenheit des gewerkschaftlichen Lagers gegenüber dem gegnerischen, diszipliniert und einheitlich marschierenden Unternehmerlager! Eine unglaubliche Verantwortungslosigkeit!

Sogar dem DGB-Wochenblatt „Welt der Arbeit" (WdA) ist das zuviel. Unter der Überschrift „Uneinigkeit bei Tarifen — 35 Stunden oder Rente" veröffentlichte WdA in ihrer Ausgabe vom 1. Juli einen Beitrag des Redaktionsmitgliedes Rose-Marie Christ, der zwischen den Zeilen gegenüber Döding und Hauenschild den Vorwurf des spalterischen Vorgehens erhebt:

„Kaum hat die IG Metall nach einer Klausurtagung ihre tarifpolitische Strategie für die kommenden Jahre verkündet, da durchkreuzt ein Gemeinschaftsbrief der Gewerkschaftsvorsitzenden Karl Hauenschild (IG Chemie Papier Keramik) und Günter Döding (Gewerkschaft Nahrung Genuß Gaststätten) an den Bundeskanzler die Neuigkeit der Metaller", heißt es da. Und weiter:

„Für die beiden Einzelgewerkschaften hat die Tarifrente absoluten Vorrang. Sie rangiert vor allen anderen Modellen der Arbeitszeitverkürzung. IG-Chemie-Vorsitzender Hauenschild sieht in dem Vorgehen mit der NGG keinen Widerspruch zu dem auf dem DGB-Bundeskongreß einstimmig angenommenen Antrag, gemeinsam für Arbeitszeitverkürzung mit dem Ziel der 35-Stunden-Woche zu kämpfen und die gewerkschaftliche Tarifpolitik stärker zu koordinieren."

Leonhard Mahlein, der Vorsitzende der IG Druck und Papier, ist bislang der einzige Chef einer Einzelgewerkschaft, der sich dazu durchringen konnte, öffentlich das Vorgehen von Hauenschild und Döding anzugreifen (wenn auch ohne Namensnennung) und gleichzeitig die Orientierung auf die 35-Stunden-Woche gemäß der eindeutigen Beschlußlage im DGB zu verteidigen. (Der RM wird den entsprechenden Beitrag von Leonhard Mahlein, der in der Mitgliederzeitung „druck und papier", Ausgabe 120/13 vom 26. 6. 82, in seiner nächsten Ausgabe auszugsweise dokumentieren.)

RM dokumentiert

„Gefahr der weiteren Festschreibung..."

Wir dokumentieren hier den Beschluß der Klausurtagung des Vorstandes der IG Metall vom 17./18. Juni 1982 zur tarifpolitischen Schwerpunktbildung in seinem vollen Wortlaut. Die darin getroffenen Aussagen zur Frage der Arbeitszeitverkürzung unterstreichen die Vorrangigkeit der Verkürzung der Wochenarbeitszeit und richten sich gegen Bestrebungen, die Tarifrente gegen die Forderung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich auszuspielen.

1. Die Verkürzung der Arbeitszeit ist der Schwerpunkt qualitativer Tarifpolitik für die Mitte der 80er Jahre. Die IG Metall will, muß und wird sich der Aufgabe stellen, durch Tarifvertrag die Arbeitszeit zu verkürzen.

Damit soll zum einen ein Beitrag zur Humanisierung des Arbeitslebens und die Voraussetzung zur besseren Beteiligung der Arbeitnehmer am gesellschaftlichen Leben geschaffen werden.

Damit soll aber auch gerade in der jetzigen Situation ein Beitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und zur Sicherung der Beschäftigung geleistet werden. Dabei kann nicht übersehen werden, daß dies nicht allein und in erster Linie Aufgabe gewerkschaftlicher Tarifpolitik sein kann.

2. Die IG Metall wird 1982 und 1983 keine isolierte Verkürzung der Lebensarbeitszeit (Tarifrente) fordern. Die grundlegende gesellschaftspolitische Bedeutung einer Verkürzung der Lebensarbeitszeit auch durch Tarifvertrag wird nicht in Frage gestellt.

In der gegenwärtigen Situation bestünde aber die Gefahr der weiteren Festschreibung der Tarifbestimmungen zur Wochenarbeitszeit, die jetzt zum 31. 12. 1983 kündbar sind, falls die Tarifrente vor diesem Zeitpunkt isoliert gefordert und durchgesetzt würde.

3. Der Vorstand der IG Metall wird ein umfassendes Forderungskonzept zur Verkürzung der Arbeitszeit, das die Kündigungsmöglichkeit der Tarifbestimmungen zur Wochenarbeitszeit zum 31. 12. 1983 einbezieht, erarbeiten. Darüber soll auf der Klausurtagung des Vorstandes der IG Metall im September 1982 beraten und entschieden werden.

4. Die Tarifabteilung und die Wirtschaftsabteilung beim Vorstand der IG Metall werden zu diesem Zweck beauftragt, das den geschäftsführenden Vorstandsmitgliedern vorliegende Papier unter Einbeziehung der Diskussion während der Klausurtagung vom 17. / 18. 6. 1982 zu überarbeiten, damit es als Beratungsgrundlage rechtzeitig für die Klausurtagung des Vorstandes vom 20. bis 23. September 1982 (vorgelegt) werden kann.

5. Es erfolgen keine Beschlüsse und Festlegungen regionaler und bezirklicher Gremien, die die Beratungen und Entscheidungen des Vorstandes im September 1982 in der Organisation und in der Öffentlichkeit präjudizieren.

6. Regionale Aktivitäten und Verhandlungen zur Durchsetzung neuer Mantel- und Rahmentarifverträge in Sachen gemeinsamer Entgeltdifferenzierung, neuer Entlohnungsgrundsätze, Erholzeiten und Freizeitausgleich für Mehrarbeit sollen verstärkt fortgeführt werden. Dabei sind auch regionale Mobilisierungsmöglichkeiten bis hin zum Einsatz von Warnstreiks und Demonstrationen zu nutzen.

7. Die IG Metall will den Tarifvertrag über vermögenswirksame Leistungen, der bis zum 31. 13. 1982 befristet ist, verlängern und verbessern. Der Vorstand der IG Metall wird an den Gesamtverband metallindustrieller Arbeitgeberverbände (Gesamtmetall) herantreten, um spätestens nach der Sommerpause mit konkreten Verhandlungen beginnen zu können.

Zoff um KPD-Betriebszeitung

„Da war er wieder: Der ‚Widerhaken'..."

Der „Widerhaken", Zeitung der KPD für Dogmoch, ein Ludwigshafener Großhandelsbetrieb mit 200 Beschäftigten, existiert erst seit April dieses Jahres. Aber schon geht er gewissen (wenn auch eng begrenzten) Kreisen in der Firma gewaltig auf den Wecker. Da ist zunächst die Geschäftsführung zu nennen. Aber nicht sie allein — so hat es den Anschein — fühlt sich vom „Widerhaken" aufgespießt. Jedenfalls erschien jetzt bei Dogmoch als Reaktion auf die dritte Ausgabe des „Widerhaken" ein bitterböses Pamphlet in Form eines Blättchens mit der Überschrift „Die Betriebsräte der HBV informieren!!". Die angeblichen oder auch wirklichen HBV-Betriebsräte, die nebenbei bemerkt anonym bleiben, scheinen vom Ansehen, das die KPD in der Belegschaft von Dogmoch genießt, eine hohe Meinung zu haben. Warum sonst sollten sie es für nötig halten, in ihrem Blättchen immer wieder hervorzuheben, dieses oder jenes Zugeständnis, das der Geschäftsleitung zugunsten der Belegschaft abgetrotzt werden konnte, sei durch den Betriebsrat und nicht etwa durch die KPD erreicht worden? Im folgenden geben wir den Beitrag aus dem „Widerhaken", der die anonymen HBV-Betriebsräte derart in Rage gebracht hat und die Gegenstellungsnahme der letzteren in Auszügen wieder. Zum Hintergrund: Der kommunistische Lagerarbeiter Willi Rohr ist ebenfalls Betriebsratsmitglied bei Dogmoch. Obwohl er maßgeblich dazu beigetragen hat, daß bei Dogmoch heute ein Betriebsrat und eine HBV-Betriebsgruppe existiert, wurde er am 24. Juni von den Gewerkschaftsbonzen aufgrund der Unvereinbarkeitsbeschlüsse aus der HBV ausgeschlossen. Die gesamte HBV-Betriebsgruppe hat gegen den Ausschluß heftig protestiert (vgl. vorletzter RM). Noch eine Information: „M. Y. Dogmoch hat keine Funktion im Betrieb" — dieser Satz bezieht sich auf eine Meldung im „Widerhaken", in der Anzeichen dafür genannt werden, daß Dogmoch möglicherweise demnächst von dem Kaufhauskonzern Horten geschluckt wird.

Die Betriebsräte der HBV informieren!

„Da war er wieder: Der ‚Widerhaken', die Zeitung der KPD für Dogmoch.

Unter dem Deckmäntelchen sogenannter Information wird polemisiert und der Versuch gemacht, die Mehrheit des Betriebsrates zu diffamieren. Da im „Widerhaken" gefordert wird, auf einen groben Klotz einen groben Keil zu setzen, soll diese Information der erste Keil sein.

Die gewerkschaftlich organisierten Betriebsräte der HBV distanzieren sich von der von einer Minderheit fabrizierten Zeitung und von der KPD und ihren Zielen.

Wer meint, er müsse das System dieses Staates verändern, der muß mit dem Widerstand aller Gewerkschafter rechnen. Trotz allen negativen Erscheinungen der letzten Zeit (z. B. Neue Heimat) hat die Gewerkschaft nicht nur nach dem Krieg für die Arbeitnehmer mehr erreicht als sämtliche sogenannten ‚proletarischen, kommunistischen Parteien' zusammen. Wir sind nicht so dumm zu sagen: ‚alles in Butter', wir wissen, daß es viel zu tun gibt. Aber wir werden uns im Rahmen der Gesetze und im ‚freiheitlichen System' bewegen. Es sei hier noch einmal darauf hingewiesen, daß kein Staat eine freiheitlichere Verfassung hat, als die BRD. Wir als Gewerkschafter werden dazu beitragen, daß diese erhalten bleibt.

Zu der Polemik des ‚Widerhakens' im einzelnen:

1) Unter Meldung: Ausschluß Willy Rohr aus der Gewerkschaft. Wer eine Institution bekämpft, sie diffamiert (so geschehen im RGO-Magazin), sich aber ihres Schutzes bedienen will, darf sich nicht wundern und als Märtyrer hinstellen, wenn er von dieser Institution vor die Tür gesetzt wird.

2) Daß der angesprochene Kollege Schilling wieder im Betrieb ist, ist auf den Betriebsrat zurückzuführen.

Nicht auf die KPD!

3) Das Thema Umgruppierung wird vom Betriebsrat geführt und zu konkreten Ergebnissen führen. Die Verhandlungen führt der Betriebsrat.

Nicht die KPD!

4) M. Y. Dogmoch keine Funktion im Betrieb? Damit derlei Spekulationen ein Ende haben, wird der Betriebsrat über seinen Wirtschaftsausschuß, der in den nächsten Tagen die Arbeit aufnimmt, solche und ähnliche ‚Informationen' früher erfahren und darüber aufklären. Dies macht der Betriebsrat.

Nicht die KPD!

Unter dem Motto ‚Und der Betriebsrat?' wird kritisiert, daß keine Maßnahmen gegen die Entlassungen unternommen werden. Dies ist eine Lüge. Wie war der Sachverhalt? Die Geschäftsführung hat sich entschlossen, 15 Leute zu entlassen. Dies waren, mit einer Ausnahme, Kollegen, die **nicht im gesetzlichen Kündigungsschutz** standen. Von unserer Seite wurde alles unternommen was nötig und möglich war. Bei zwei Betroffenen konnte der Arbeitsplatz erhalten werden. Dies gelang dem Betriebsrat.

Nicht der KPD!

Wir sind mit der Entscheidung der Geschäftsführung überhaupt nicht einverstanden, aber Streikaktionen hätten zur Vernichtung weiterer Arbeitsplätze geführt.

Noch eins zum Schluß:

Unsere Auffasung ist es, mit der Firma hart aber sachlich zu verhandeln. Unsere Gegner in der Diskussion sind nicht die Mitarbeiter, sondern die Vertreter der Firma. Wir arbeiten sachlich. Wir werden die Interessen der Kollegen vertreten, nicht die der KPD.

Ludwigshafen, 9. Juli '82"

Eingestellt und rausgeschmissen

Daß bei der Firma Dogmoch nicht lange gefackelt wird, ist schon lange klar. Positives erwartet man sowieso schon nicht mehr, dafür um so mehr Negatives. Die Entlassungen, knapp an der Grenze von Massenentlassungen (10 Prozent der Belegschaft ist Massenentlassung), sind offensichtlich nicht aus Arbeitsmangel sondern aus Lohnkosteneinsparungsgründen erfolgt. Rücksichtslos wurden Leute entlassen, die kurz vorher eingestellt wurden. Irgendwelche Skrupel kennt die Firma Dogmoch nicht. „Es lebe der Profit" ist der Wahlspruch.

Für die sind wir Arbeiter eben nur „Arbeitskräfte", die man auf dem Sklavenmarkt Arbeitsamt einkauft und, nach Bedarf, wieder rausschmeißt. Übrigens auch ein Stück „Freiheit" in unserem ach so „freiheitlichen System": Jeder kann seinen Arbeitsplatz „frei wählen", sofern er überhaupt Arbeit findet.

Und der Betriebsrat?

Daß er den Entlassungen widersprochen hat, ist schon mal gut, aber auch das allermindeste, was man verlangen kann. Aber bei den Überstunden fängt's schon an. Zwar wurde, wie im Aushang zu lesen ist, die Geschäftsleitung aufgefordert, die Überstunden anzumelden, das heißt aber noch lange nicht, daß der Großteil des Betriebsrats diesen Überstunden nicht zustimmt.

Geschehen ist weiter nichts. Weder werden die Überstunden angemeldet, noch vom Betriebsrat abgelehnt. Im Gegenteil, es gibt Betriebsräte, die selbst Überstunden arbeiten bzw. arbeiten lassen.

Auch sonst war der Großteil des Betriebsrates anscheinend zu keiner Maßnahme fähig, gegen die Entlassungen etwas zu unternehmen, bzw. sich Gedanken zu machen: „Wir können ja doch nichts tun" scheint die Hauptparole zu sein.

So gab es sogar Betriebsratsmitglieder, die eifrig die Mitarbeiter davon überzeugten, daß nicht gestreikt werden darf. Die Geschäftsleitung wird es ihnen danken usw. Dabei ist eins klar, zu einem groben Klotz, gehört ein grober Keil. In der letzten Zeit gab es einige Beispiele, wie durch Streiks und Werksbesetzungen, Entlassungen verhindert werden konnten.

Und alles mit der Entschuldigung: „die Leute machen freiwillig Überstunden, das können wir nicht verbieten", oder „die Leute brauchen das Geld".

Stimmt alles, das Geld kann jeder brauchen. Die Entlassenen bräuchten es aber erst recht!

Getreu der Parole, die die „Liste Kraft" zur Betriebsratswahl aufgestellt hat: „Lieber eine Überstunde, als Mitglied in der Stempelrunde", wird weitergemacht. Den offensichtlichen Widerspruch in dieser grandios dummen Parole wollen oder können diese Herren nicht sehen.

Gerade durch Überstunden sparen die Kapitalisten Hunderttausende von Arbeitskräften ein.

Besonders in solch einer Situation ist jeder zur Solidarität mit den Entlassenen aufgefordert. Jeder sollte sich mal überlegen, daß es ihn demnächst genauso treffen kann.

Protestaktionen am Wochenende

Großes Interesse an den Geheimprozessen gegen kommunistische Oppositionelle in der DDR

Am Freitag und Samstag letzter Woche organisierten Genossen der KPD und des Solidaritätskomitees mit den verhafteten kommunistischen Oppositionellen in der DDR verschiedene öffentliche Protestaktionen gegen die DDR-Geheimjustiz. Am Samstag wurden drei Autobahngrenzübergänge in Lauenburg, Helmstedt und Herleshausen von insgesamt über 100 Menschen vorübergehend besetzt, zwischen 20 und 45 Minuten lang. Am Freitag hatte eine Protestaktion in Westberlin vor (und auf) einem Besucherbüro der DDR stattgefunden.

Diese Aktionen erregten in den Medien große Aufmerksamkeit, mehrere Berichte in den Fernsehnachrichten, Presseberichte zeugen davon. Vor allen Dingen aber: Sie stießen auf großes Interesse bei den Menschen, die unmittelbar diese Aktionen miterlebten. Dem Erstaunen darüber, daß in der DDR Kommunisten verurteilt werden und in Geheimprozessen der reaktionären Justiz ausgeliefert sind, folgte das Erstaunen darüber, daß es Kommunisten gibt, die die als Sozialismus getarnte Bonzenherrschaft in der DDR nicht nur in Worten hier kritisieren, sondern ihre politische Meinung auch in der DDR verbreiten, sich dort organisieren usw.

So äußerten auch viele Zustimmung für die Forderung nach öffentlichen Prozessen und nach Freilassung der wegen ihrer politischen Meinung Verurteilten.

Die Ergebnisse dieser Aktion sind eine echte Ermutigung zu weiteren Taten, zu weiteren Solidaritätsaktionen. Je mehr sich diese Tatsachen unter der arbeitenden Bevölkerung verbreiten und auch unter den Linken, desto mehr wird die DDR, wird die SED Gefahr laufen, ihr Image als trotz aller Mängel linke, sozialistische Partei verlieren, und als in Wahrheit bürgerliche, reaktionäre Partei dastehen. Und damit wachsen auch die Chancen auf Freiheit für diejenigen, die allein wegen ihrer politischen Überzeugung ins Gefängnis geworfen werden.

Solidaritätsaktion in Helmstedt

Früh um 5.00 Uhr ging's los in Dortmund. Gespannt und etwas aufgeregt waren wir alle. Was würde der Grenzschutz unternehmen, wenn wir auf der Autobahn sitzen? Und was würden die Autofahrer dazu sagen? Über die Autobahn Hannover bretterten wir bis zur Raststätte Helmstedt-Süd. 8.30 Uhr. Rückkehrende Urlauber aus Berlin verzehren ihre Stullen. Im Restaurant noch alles etwas morgendlich-muffig. Dann tauchten so langsam die bekannten Gesichter auf, aus dem Ruhrgebiet, aus Niedersachsen. 27 Genossinnen und Genossen sind es, als wir um 9.30 Uhr unsere Einsatzbesprechung durchführen. Die Parole ist dann klar: Wir werden Punkt 11.00 Uhr am Alliierten-Checkpoint vorbeigehen und uns hinter den westdeutschen Grenzstellen, kurz vor der DDR-Grenze, aber noch auf westdeutschem Gebiet auf die Autobahn setzen und unsere Aktion durchführen.

Noch eine lange Stunde Wartezeit. Endlich gegen 10.30 Uhr fahren wir die zwei Kilometer bis zur Grenze und sammeln uns an dem kleinen Rasthaus unmittelbar an der Grenze. Unsere Verblüffung ist groß: Hier werden wir schon erwartet. Drei Grenzschützer stehen auf dem Parkplatz und geben unsere Autonummern durch. Jetzt können wir uns erklären, warum wir kurz vor der Grenze auf der Autobahn zwei Mannschaftswagen mit BGSlern gesehen haben. Die Aktion war — offensichtlich von vorab informierten Journalisten — verraten worden. Was tun? Wir beschließen: Wir versuchen die Aktion wie geplant durchzuziehen.

Im Pulk gehen wir auf die Grenzstellen zu und — zur unserer Verwunderung — niemand hindert uns am Durchmarsch. Das halbe Dutzend Grenzschützer, das hier postiert ist, ist zu verdutzt oder unentschlossen, um etwas zu unternehmen. Die letzten 20, 30 Meter laufen wir. Das Transparent wird entfaltet: „Kommunistische Oppositionelle in der DDR zu 22 Jahren Haft verurteilt". Wir setzen uns hinter den Grenzhäusern auf die Autobahn. Immer wieder die Parole „Wir geben keine Ruhe mehr — Freiheit für Wilhelm und Bortfeldt muß her!".

Wir freuen uns. Vor den Grenzhäuschen beginnen zwei Genossen damit, Flugblätter des Solidaritätskomitees an die Autofahrer zu verteilen. Böse Stimmen hört man kaum. Die Leute nehmen die Flugblätter und warten ab. Nur ein LKW-Fahrer dreht durch: Er gibt Gas und kommt auf unsere Kette zu, so daß wir zur Seite springen müssen. Klatschen bei den BGSlern.

Wir verlegen unsere Kette noch einmal 10, 15 Meter in Richtung DDR. Wir schaffen es jedoch nicht, die Autobahn vollständig zu blockieren. Dazu sind wir zu wenig und die Autobahn zu breit. Die BGSler leiten den Verkehr jetzt über die Grünstreifen, kontrollieren keine Autos mehr und winken einfach durch. Einzelne Genossen setzen sich jetzt auf die Grünstreifen, um das Durchkommen der Autos zu verhindern. Inzwischen war der BGS hektisch geworden. Ein gutes Dutzend BGSler beginnt jetzt damit — anfangs reichlich ruppig — die Genossen abzuführen. Aber immer nur eine. So können wir ca. zehn Minuten auf der Autobahn ausharren. Durch unser Transparent und unsere Parolen kriegt jeder Autofahrer unsere Aktion mit. Zum Schluß umgab uns die BGS mit einer Kette demonstrationsmäßig ausgerüsteter Grenzschützer (Schutzschilde, Helme). Die anderen führten uns dann ab.

Auf einem Parkplatz nahmen sie unsere Personalien auf, eine Genossin vergaßen sie im Durcheinander. Der Fall war gelaufen. Wir konnten gehen. Die 100 Meter bis zum kleinen Rasthaus. Das Bier schmeckte prächtig.

Sperrung des Übergangs Helmstedt.



Freund und Helfer—der DDR.

Bericht aus Lauenburg

„Liebe eine halbe Stunde an der Grenze warten als acht Jahre hinter Mauern sitzen!"

Nach dem erfolgreichen Ende der halbstündigen Solidaritätsbesetzung der Autobahn am Grenzübergang Lauenburg mit 34 Freunden aus dem norddeutschen Raum haben sich anschließend spontan Genossen zusammengesetzt, die aus einer nahen Kneipe Postkarten mit Grüßen an Manfred und Andreas abschickten.

Gleichzeitig haben wir noch 124,32 Mark zur Unterstützung der Partei für weitere Aktionen dieser Art gesammelt. Denn: Auch wenn es so aussieht, als ob man gegen die Inhaftierung unserer Genossen nur wenig unternehmen kann, zeigte die Aktion, daß man die angeblich so mächtigen DDR-Bonzen unter Druck setzen kann. Denn, warum müssen sie den gewaltigen Apparat in Gang setzen, um eine „radikale Minderheit" niederzuhalten?

Wir möchten mit dem Unternehmen den Freunden und Genossen des Solidaritätskomitees Mut machen für weitere Aktionen.

Mit solidarischen Grüßen, eure Genossen von der Wasserkante

Verfolgte Solidarität

Hausfriedensbruch und versuchte Nötigung — das waren die Anklagepunkte, die am 13. Juni vor dem Bonner Amtsgericht in einem Prozeß gegen drei Mitglieder des westdeutschen Solidaritätskomitees mit den kommunistischen Oppositionellen in der DDR verhandelt wurden. Dabei ging es um die Besetzung des Bonner Büros der DDR-Nachrichtenagentur ADN am 22.10.1981, mit der Mitglieder des Solidaritätskomitees gegen die absolute Nachrichtensperre aller DDR-Medien im Zusammenhang mit der Verfolgung der kommunistischen Oppositionellen protestierten.

Die Generaldirektion der ADN hatte Strafantrag wegen Hausfriedensbruch gestellt. Ihr besonderes Interesse an einer möglichst hohen Strafe für die angeklagten Mitglieder des Solidaritätskomitees bekundete die staatliche ADN dadurch, daß sie einen Rechtsanwalt beauftragte als Nebenkläger aufzutreten, der dann an der Seite des Bonner Staatsanwalts die Anklage vertrat.

Die Genossen konnten während der Verhandlung, in der sie ausführlich auf die Verfolgung der Genossen der Sektion DDR unserer Partei durch die DDR-Behörden eingingen, ohne daß der ADN-Vertreter oder der ADN-Rechtsanwalt dazu Stellung nahm, den Vorwurf der versuchten Nötigung entkräften, weil sie nachweisen konnten, daß während der Protestaktion von ihrer Seite nicht versucht worden war, durch Gewalt oder Drohung den anwesenden ADN-Korrespondenten zu irgendetwas zu zwingen. Selbst der Staatsanwalt mochte an diesem Anklagepunkt schließlich nicht mehr festhalten, so daß nur der ADN-Rechtsanwalt auf einer Verurteilung wegen versuchter Nötigung bestand, obwohl er zuvor großmütig erklärte, der ADN käme es nicht darauf an, ein Exempel zu statuieren.

Verurteilt wurden die drei Mitglieder des Solidaritätskomitees schließlich wegen Hausfriedensbruch, zu einer Geldstrafe von 15 Tagessätzen. Für zwei Genossen wurde der Tagessatz auf 30 Mark, für den dritten auf 60 Mark (!) festgesetzt.

Aufs Dach gestiegen...



Rauf auf's Dach.



Die Polizei kommt nach.



Auflauf

Westberlin. Als am Nachmittag des 16.7. ein Arbeiter im blauen Kittel mit einer Alu-Leiter durch den Park an der Schulstraße im Wedding lief, ahnte im nahegelegenen Pavillon der DDR-Besucherstelle noch keiner, daß wir ihnen im wahrsten Sinne des Wortes auf's Dach steigen würden.

Kurz nach 4.00 Uhr war es dann soweit. Die Leiter, auf 4,50 Meter ausgezogen, lehnte an der Rückfront des Bürogebäudes. Zu dritt waren wir schnell oben, entfalteten ein Transparent, und per Megafon informierten wir über die Beweggründe der Aktion: *„Liebe Berliner, wir, Mitglieder des Solidaritätskomitees mit inhaftierten kommunistischen Oppositionellen in der DDR, führen heute diese Aktion in Berlin durch, um dagegen zu protestieren, daß in den letzten zwei Monaten kommunistische Oppositionelle in der DDR zu langjährigen Haftstrafen verurteilt wurden..."*

Zur gleichen Zeit begannen vor dem Gebäude und auf dem ganzen Weg bis hin zum belebten Leopoldplatz Genossen Flugblätter zu verteilen, die ebenfalls über die Aktion und die Hintergründe informierten.

Die Geschichte konnte unten im Büro der DDR-Grenzbehörden natürlich nicht unbemerkt bleiben (sollte sie ja auch nicht). Jedenfalls tauchte plötzlich ein wild gestikulierender Typ auf, der irgendetwas zu uns herauf brüllte. Was er wollte konnten wir leider nicht verstehen, weil das Mega so laut war. Wir konnten es uns natürlich denken, aber zurück bzw. runter ging's nicht mehr, weil die Leiter schon lang wieder weit weg war.

Die Besucher des Büros, Passanten, die vorbeikamen, kriegten unsere Aktion mit, die Flugblattverteiler hatten alle Hände voll zu tun. Das Aufsehen steigerte sich noch, als der erste VW-Bus der Polizei kam, danach zwei Busse aus Ost-Berlin, die die Beamten der DDR abholen wollten, als die Begleiter der DDR-Beamten sich vor dem Gebäude aufbauten, die Rolläden runterrasselten und weitere drei VW-Busse der Polizei ankamen.

Wohl „im Wege der Amtshilfe" bekamen die West-Bullen von den Ost-Beamten eine Büroleiter zur Verfügung gestellt, und messerscharf hatten sie eine Schwachstelle ausgemacht, eine Vordachkonstruktion, die mittels der kleinen Leiter den Aufstieg zu uns möglich machte. Wutentbrannt kam da ein Polizist heraufgeklettert, riß das Transparent unter dem Gepfeife der Genossen und Passanten unten herunter, schmiß es auf den Gehweg. Oben war's zu Ende, wir begannen den „Abstieg".

Vor dem Büro ging's noch eine ganze Zeit weiter, es gab Gerangel um das Transparent, das einer aufgehoben hatte und nicht freiwillig den Polizisten überlassen wollte. Parolen wurden gerufen, noch lange Zeit konnten die Genossen viele Bürger über die Sache mit Flugblättern und in Gesprächen informieren.

Die ziemlich aufgeregten Bullen nahmen dann vor dem Gebäude noch zwei Leute mit auf eine Wache, aber nach einer guten Stunde waren die beiden samt Transparent wieder da.

Insgesamt eine gute Aktion, bei der uns vor allem die hektische Reaktion der DDR-Beamten klarmachte, wie unlieb denen die Verbreitung der Wahrheit über die politische Unterdrückung der Kommunisten in der DDR ist.



Die braunen Mordbuben sind immer noch unter uns. Von den Behörden geduldet. Wir müssen ihnen das Handwerk legen!

Vom Umgang mit braunen Terroristen

BONN. — Am 27. Januar wurde die terroristische Nazi-Bande VSBD nach vereinsrechtlichen Gesichtspunkten verboten. Über die weitere Entwicklung in diesem Fall äußerte sich die Bundesregierung Mitte Mai, als sie zwei Fragen eines Abgeordneten der CDU/CSU-Fraktion beantwortete. Daß die CDU/CSU mit solchen Fragen im Bundestag hervortritt, ist schon pikant; schließlich tun die Unions-Parteien am meisten dafür, daß sich die Neonazis, auch die offenen Terroristen, bei uns so frei bewegen und immer neue Verbrechen begehen können, schließlich ist Bayern deren Lieblingsaufenthalt. Das war bei der VSBD ja nicht anders. Aber im Kern verfolgen SPD und FDP eben dieselbe Politik, und die Antworten auf die Fragen bestätigen das nur.

Abgeordneter Dr. Miltner: Treffen Pressemitteilungen über fortgesetzte Aktivitäten der oder zugunsten der verbotenen volkssozialistischen Bewegung Deutschlands (VSBD) zu?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretär von Schoeler vom 14. Mai: Ein Auftreten der Volkssozialistischen Bewegung Deutschlands/Partei der Arbeit (VSBD/PdA) und der Jungen Front (JF) in der Öffentlichkeit nach Zustellung des Vereinsverbots am 27. Januar 1982 konnte nicht festgestellt werden. Bei der in der März-Ausgabe 1982 einer periodisch erscheinenden Zeitschrift veröffentlichten Werbeanzeige der VSBD/PdA bestehen Zweifel, ob diese Veröffentlichung nach Zustellung des Vereinsverbots veranlaßt wurde. Die von einer Presseagentur als Folge der Werbeanzeige gemeldeten Anträge auf Neuaufnahme in die VSBD/PdA können von den Verfassungsschutzbehörden nicht bestätigt werden. Die Bundesregierung wird die weitere Entwicklung sorgfältig beobachten.

Miltner: Ist das Verbot der Volkssozialistischen Bewegung Deutschland (VSBD) inzwischen rechtskräftig, und was tut die Bundesregierung in Abstimmung mit den Ländern, um die einstweilige oder dauernde Durchsetzung des Verbots zu gewährleisten?

Schoeler: Das vom Bundesinnenminister erlassene Verbot der Volkssozialistischen Bewegung Deutschlands/Partei der Arbeit (VSBD/PdA) einschließlich der Jungen Front (JF) ist noch nicht bestandskräftig, da die VSBD/PdA gegen die Verbotsverfügung Klage beim Bundesverwaltungsgericht durch einen beauftragten Rechtsanwalt erhoben hat. Durch die Klageerhebung wird die Vollziehbarkeit des Verbots allerdings nicht berührt.

Die Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder beobachten im Rahmen ihres gesetzlichen Auftrages auch, ob Organisationen ihre Tätigkeit fortsetzen, die nach den Vorschriften des Vereinsgesetzes verboten sind. Die Fortführung eines Vereins entgegen einem vollziehbaren Verbot ist gemäß § 20 des Vereinsgesetzes mit Strafe bedroht; für die Strafverfolgung sind die Staatsanwaltschaften zuständig.

— Ende des Frage- und Antwortspiels, das in der Bundestagsdrucksache 9/1667 vom 21.5. veröffentlicht wurde. —

Die Antworten enthalten viele Unrichtigkeiten.

Bereits in der Ausgabe vom 5. Februar warnte der „Rote Morgen" in einem ausführlichen Artikels zum VSBD-Verbot:

„Die VSBD ist also nun verboten. Das ist gut, das ist sehr gut. Aber es droht die Gefahr, daß dies ein halbherziges Verbot ohne die notwendigen Folgen bleibt.

Den Mitgliedern, auch den Aktivisten der Bande, läßt man die Freiheit, wie das schon nach dem Verbot der Hoffmann-Bande der Fall war. Teilweise sind die Figuren nun dieselben, sie haben also ihre Entschlossenheit zur Fortsetzung ihres terroristischen Handelns bereits bewiesen. Wo werden sie sich demnächst zusammenrotten?"

Im RM vom 19. Februar wurde dann enthüllt, daß gegen die NRW-Organisation der VSBD überhaupt keine Schritte unternommen wurden; es war die Behauptung verbreitet worden, in diesem Bundesland gäbe es die VSBD gar nicht. Vom Düsseldorfer antifaschistischen Nachrichtenblatt „Alarm!" waren einige VSBD-Führer, zum Teil mit Adresse, namentlich benannt worden. Staatliche Maßnahmen wurden nicht ergriffen.

Was die „März-Ausgabe einer periodisch erscheinenden Zeitschrift" betrifft, so ist dies eine sehr elegante Formulierung. Es handelt sich um „Die Bauernschaft" des flüchtigen Nazi-Führers Thies Christophersen, deren Weiterexistenz ein Skandal für sich ist. Und selbst wenn die VSBD ein jahrelanges Vorausabonnement für ihre Werbung gehabt hätte, gab es keine Verpflichtung, diese spätestens nach dem Verbot aus der Zeitung zu nehmen?

In der genannten Werbeanzeige wurde auch eine Kontaktadresse der VSBD angegeben: „VSBD, Zentralbüro, z. Hd. Michael Wrosch, 8000 München 1, Postfach".

Und dieser Wrosch ist weiterhin aktiv. Allerdings nennt er seinen Verein jetzt nicht mehr VSBD, so blöde sind die Neonazis ja auch nicht. Wenn man sich allerdings Schoelers Ausführungen ansieht, könnte man denken, daß der Staat erst dann einzuschreiten gedenkt, wenn eine neue VSBD erscheine. Und so ist das wohl auch gemeint! So war das auch schon nach dem Verbot der Wehrsportgruppe Hoffmann. Auf diese Weise können Terroristen, die erst bei Hoffmann, dann bei Busse waren, jetzt ungestört weitermachen.

Wroschs neuer Verein — oder vielleicht besser: einer von seinen neuen Vereinen? — ist der „Nachrichten-Austausch-Dienst" (NAD), ein in Österreich erscheinendes Blatt, für das es nunmehr eine Münchener Redaktion gibt. Im Impressum erscheinen neben Wrosch drei weitere VSBD-Mitglieder: Josef Peter Heggmair, Bernd Klug und Rudolf Meier.

Verantwortlich für den NAD ist ein Walter Ochsenberger (A-6911 Lochau, Postfach 14). Ochsenberger wurde vor kurzem auch in der Bundesrepublik bekannt, als herauskam, daß in der westdeutschen Nazi-Szene eine von ihm herausgegebene Anleitung zum Bürgerkrieg (als „Zivilschutz"-Maßnahmen getarnt) kursiert. Darin wird u. a. anhand von Zeichnungen dargestellt, wie Gegner von hinten lautlos mit einem Schlagwerkzeug getötet werden können. Da sind doch die richtigen Leute wieder beisammen...

Ochsenbergers NAD wird übrigens herausgegeben von der Arbeitsgemeinschaft zur Förderung internationaler Zusammenarbeit. Ihr Präsident, Egon G. L. Rieder, bezeichnet sich nach Angabe des Münchener Pressedienstes Demokratische Initiative (PDI) als Freund von Manfred Roeder, dem kürzlich zu 13jähriger Haft verurteilten Chef der terroristischen Deutschen Aktionsgruppen, auf deren Konto mehrere Morde gehen. Eine weitere Verbindungsstelle zwischen Nazi-Organisationen, die doch nach amtlicher Auskunft alle weitgehend isoliert voneinander tätig sind und aus denen schlimmstenfalls immer mal wieder ein ebenso isolierter „Einzeltäter" hervorgeht...

Emsig rotieren die Zylinder der Druckmaschinen in Fürstenfeldbruck, Schillerstraße 7, für die Zwecke der Wrosch-Bande. Vorwiegend nachts werden dort faschistische Pamphlete hergestellt, auf denen unter anderem Rache für den Tod von Ludwig Uhl und Kurt Eduard Wolfram gefordert wird, die im vergangenen Oktober bei dem Feuergefecht zwischen Polizei und VSBDlern, die offenbar auf dem Weg zu einem Bankraub waren, getötet wurden. Manchmal wird der Maschinenlärm vom Gegröhle alter Nazi-Märsche übertönt...

Wenn man also auf die zweite Frage des Dr. Miltner kurz und verständlich eingehen will, muß die Antwort lauten: „Nichts tut die Bundesregierung". Nichts tut sie, wenn man nicht unter „Durchsetzung des Verbots" den formalen, unverbindlichen Akt der Verkündung versteht. Nichts tut sie, damit sich nicht die allermeisten bekannten VSBD-Aktivisten auf weitere faschistische Verbrechen vorbereiten; wer weiß, wann es deshalb die nächsten Toten gibt. Faschistische Propaganda kann ja von denselben Leuten nach wie vor nahezu ungehindert betrieben werden. Und die Unions-Parteien tun auch nichts. Alle Bundestagsparteien sorgen dafür, daß die Wurzeln des Nazi-Terrorismus unangetastet bleiben.

Den Kampf gegen die Neonazis dem Parlament überlassen — das hieße in der Tat, den Kampf aufzugeben. Das entsprechende Eingeständnis der Regierung liegt vor.

Bisher 768 Einzelverfahren eingeleitet:

Startbahn-Prozesse beginnen

Drastische Strafen zu erwarten — Solidarität tut not

Die Schlägertrupps der Frankfurter Polizei praktizieren eine Art der Menschenverachtung, die nur noch als faschistisch beschrieben werden kann. Diese Feststellung darf man einem Gerichtsurteil zufolge treffen und veröffentlichen, ohne damit die Frankfurter Polizei zu beleidigen.

Ein erster Erfolg im Kampf gegen die Prozeßwelle, mit der derzeit und vor allem in den kommenden Monaten Gegner der Startbahn West bei Frankfurt überzogen werden.

waltanwendung im Spiel, womit dann die ungeheuerlichen Bürgerkriegsaktionen der verschiedenen Polizeieinheiten gerechtfertigt werden sollen. 768 Einzelverfahren sind zur Zeit anhängig. Und es kommen weitere hinzu.

Zu diesen Strafverfahren kommen zahlreiche zivilrechtliche Verfahren hinzu, mit denen die Flughafen AG versucht, Startbahngegner finanziell zu ruinieren. Rechnungen und Strafbefehle über S hadenersatzansprüche werden ausgestellt, die vom Vernageln von Bäumen bis zu Beschädigungen



In den ersten fünf Prozessen gab es überhaupt Freisprüche. Darunter auch einer für den beliebten „Hessenaufkleber", der den hessischen Löwen mit Helm und Schlagstock zeigt. In erster Instanz wurde entschieden, daß er nicht den Straftatbestand des Paragrafen 90a (Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole) erfüllt, sondern durch das Recht auf freie Meinungsäußerung gedeckt ist. Und in der Tat hat sich Hessen ja in besonderer Weise als Polizeistaat erwiesen. Und, das muß man dazu sagen, das hat sich nicht geändert. Es wäre auch ganz falsch, angesichts der ersten Erfolge in den sicher nicht ohne Absicht vorgezogenen leichteren Verfahren der Meinung zu sein, jetzt beginne sich die Lage zu normalisieren, jetzt würde alles, auch die Justiz, plötzlich „liberal".

Die härtesten Verfahren kommen erst noch, zum Teil erst nach den Landtagswahlen — auch das sicher von einer umsichtigen Regie so gesteuert. Dazu gehören die spektakulären Prozesse gegen bundesweit bekannte Sprecher der Bürgerinitiativen wie Alexander Schubart und Leo Spahn.

In diesen Verfahren gegen Demonstrationsteilnehmer aus dem Zeitraum zwischen Oktober 1981 und Mai 1982 geht es meist um schweren Landfriedensbruch, gefährliche Körperverletzung und Nötigung; fast immer ist der Vorwurf der Gewaltanwendung an der Mauer gehen. Es ist damit zu rechnen, daß — ähnlich wie gegen Stromkraftgegner nach den Aktionen in Grohnde — Demonstranten als „Gesamtschuldner" für die Gesamtkosten für Sicherungsmaßnahmen und Polizeieinsätze haftbar gemacht werden. Dafür arbeiten FAG und Landesregierung zusammen. Und diese Kosten belaufen sich nach Angaben der FAG derzeit auf 43 Millionen Mark!

Im übrigen haben die reaktionärsten Kräfte die Freisprüche in den ersten Verfahren bereits zum Anlaß genommen, für eine weitere Beschneidung der demokratischen Rechte durch eine Verschärfung der Strafgesetzgebung zu plädieren. Die „Frankfurter Rundschau" beschrieb am 1. Juli diese Gedankengänge folgendermaßen: „Fünf Hauptverhandlungen und keine einzige Verurteilung — ist der Startbahnkomplex nicht mehr justitiabel? Befürworter eines verschärften Demonstrationsrechtes haben schon wieder Wasser auf ihren Mühlen. Daß man Angeklagte reihenweise laufenlassen muß, hat für sie System. Mit jedem Freispruch, der bei der Polizei neuen Verdruß stiftet, sehen sie frohgemut die Chancen steigen für Gesetze, die faktisch das Demonstrationsrecht faktisch aushöhlen."

Man sieht also, daß uns hier noch eine Menge bevorsteht.

Uns allen, denn die Prozesse gegen Startbahngegner sind ein Angriff auf alle Gegner des Polizeistaates, auf alle Demokraten in unserem Land. Das machen doch die eben zitierten Überlegungen noch einmal besonders deutlich. Deshalb gehört unsere Solidarität und Unterstützung den Angeklagten in den Startbahn-Prozessen. Darüber hinaus muß der Widerstand gegen das Startbahn-Projekt, das nur den Profiten der Konzerne und den Militärinteressen der NATO dient, weitergeführt werden.

Strauß — o Graus!

Wenig Freude hatte Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß an einem Besuch der Freilichtspiel-Premiere von Schillers „Wilhelm Tell", die er am vorletzten Wochenende in Begleitung seiner Gattin besuchte. „Bisher unbekannte Akteure" entfalteten auf der Naturbühne in Altusried im Allgäu ein für alle 2000 Besucher gut sichtbares Transparent mit der Aufschrift: „Die Zeiten ändern sich und damit auch die Namen. Die Mächtigen bleiben gleich — o Graus. Damals Geßler, heute Strauß". Nach etwa einer Minute verschwanden die Demonstranten zwischen gemalter und echter Bergkulisse. Eine sofortige Verfolgung, so berichtete die Polizei enttäuscht, blieb ohne Erfolg.

Leserbriefe +++ Leserbriefe +++ Leserbriefe +++ Leserbriefe +++

Sauer

Betr.: RM Nr. 24 — Betrieb und Gewerkschaft, Seite 5, Artikel „AEG, Multi, Mafia"

Vor allem zum letzten Absatz will ich was sagen.

Woher nehmt ihr eigentlich eure Einschätzungen über Willi Scherer und Karl Ernst? Kennt ihr die Betriebszusammensetzung bei Küppersbuch? Kennt ihr die Kampfkraft der Kollegen? Meint ihr, die Aktionen wären so ohne den Betriebsrat auch gelaufen? Einerseits lobt ihr die Aktivitäten der Kollegen — die ja im wesentlichen vom Betriebsrat organisiert wurden — dann haut ihr auf den Betriebsrat drauf, als ob er alles gegen die Interessen der Kollegen macht.

Und alles ohne Ahnung von den genauen Verhältnissen am Betrieb. Das sieht man auch daran, daß z. B. Zahlen, die ihr bringt, oft nicht stimmen, also aus der Zeitung übernommen worden sind. Wenn ein Kollege bei Küppersbusch das liest, weiß er sofort, daß das nur ein Zeitungsbericht aus anderen Zeitungsberichten ist.

Man könnte noch mehr Einzelheiten zu den Küppersbusch-Artikeln sagen, aber eins steht fest: **Egal, ob eure Einschätzung über Willi Scherer richtig ist oder nicht, es ist völlig unzulässig, allein auf der Grundlage von bürgerlichen Zeitungsartikeln Einschätzungen über einzelne Personen in den RM zu setzen.**

Unserer Arbeit hier hat der Artikel jedenfalls sehr geschadet und es ist nur allzu natürlich, daß jetzt bei jeder Gelegenheit (und davon hat er viele) der angegriffene Betriebsrat aus dem RM-Artikel zitiert und damit Stimmung macht. Und wer soll das jetzt alles auffangen? Eure heiße Warnung hat sich jedenfalls ins Gegenteil verkehrt. Ihr merkt, ich bin ziemlich sauer. Deshalb schreib' ich euch auch so. Aber es ist sicher notwendig, daß ihr euch dazu mal Gedanken macht.

Ein Leser aus Gelsenkirchen

P.S.: Übrigens hätte man ja auch mal in Gelsenkirchen anrufen können, was so läuft... Da kann man oft bessere Informationen bekommen als aus der Zeitung.

Antwort der Redaktion

Eine Einschätzung von Willi Scherer und Karl Ernst haben wir in dem besagten Artikel nicht gegeben. Wir haben wohl ihre Haltung in diesem konkreten Kampf bei Küppersbusch kritisch beleuchtet, und wie wir meinen, nicht ganz zu Unrecht. Die entsprechende Passage aus dem Artikel sei hier im vollen Wortlaut zitiert:

„Es scheint so, als wollten der Betriebsratsvorsitzende Willi Scherer und der 1. IGM-Bevollmächtigte Karl Ernst den Rationalisierungsplänen der AEG-Bosse grundsätzlich ihren Segen geben, falls die Entlassungen nur durch einen entsprechenden Sozialplan ‚sozial abgefedert' werden. Damit würden sie nicht nur der Belegschaft von Küppersbusch sowie der arbeitenden Bevölkerung von Gelsenkirchen, sondern auch dem Widerstand der gesamten AEG-Konzernbelegschaft gegen Rationalisierungsterror und Arbeitsplatzvernichtung in den Rücken fallen."

Dies mag möglicherweise im Ton etwas überspitzt sein („in den Rücken fallen..."). In dieser Beziehung ist sicherlich noch etwas mehr Vorsicht unsererseits notwendig. Aber von der Sache her ist diese Kritik unserer Auffassung nach berechtigt. Als Kommunisten vertreten wir doch den Standpunkt, daß der Betriebsrat und die IG Metall solche Rationalisierungs- und Entlassungspläne, wie sie bei Küppersbusch und im gesamten AEG-Konzern gegenwärtig auf der Tagesordnung stehen, grundsätzlich ablehnen und bekämpfen müssen, daß die Erhaltung aller Arbeitsplätze als Forderung konsequent vertreten werden muß. Es muß alles getan werden, um die Belegschaft um diese Forderungen zusammenzuschließen. Ob die Kampfkraft dann letztlich auch ausreicht, um sich damit voll durchzusetzen, steht auf einem anderen Blatt. Falsch ist es aber, von vornherein einen Sozialplan statt der Erhaltung aller Arbeitsplätze zum Ziel des Kampfes zu machen.

Was die Berichterstattung über solche Kämpfe allein auf der Grundlage von bürgerlichen Zeitungsartikeln betrifft, so kommen wir leider häufig darum nicht herum, weil wir zu den betroffenen Betrieben oft noch keine Verbindung haben und auch zeitlich oft nicht in der Lage sind, Recherchen vor Ort anzustellen. Andererseits wäre es keinesfalls eine Alternative, darauf zu verzichten, im RM ein möglichst umfassendes Bild über eine derartig wichtige Bewegung zu geben, wie die Bewegung gegen Rationalisierungen und Arbeitsplatzvernichtung, für die Verteidigung der Arbeitsplätze, es zweifellos ist. Dabei muß man bei Einschätzungen dann gewiß die entsprechende Vorsicht walten lassen. Aber grundsätzlich unzulässig ist es nun auch wieder nicht, auf der Grundlage von Informationen aus der bürgerlichen (bzw. auch revisionistischen) Presse Einschätzungen zu treffen.

Im Fall Küppersbusch war uns nicht bekannt, daß einer unserer Leser nähere Verbindung zu Küppersbusch hat. Hätten wir gewußt, daß du uns da weiterhelfen kannst, so hätten wir uns sicher bei dir gemeldet. Vielleicht kannst du uns bei nächster Gelegenheit mit Informationen oder gar einer Arbeiterkorrespondenz über die weitere Entwicklung bei Küppersbusch unterstützen?

Zum Schluß noch eine Frage: Ist es wirklich so natürlich und selbstverständlich, daß der kritisierte Betriebsrat jetzt bei jeder Gelegenheit anhand des RM-Artikels Stimmung gegen uns macht?





Nachlese

Das folgende Gedicht sandte uns ein Kollege von Opel aus Bochum.

Wer kannte denn schon, die
Malvinen,
im südatlantischen Meer,
da wachsen keine Apfelsinen
die geben auch so nicht viel her.

Eine faschistische, militärische
Junta
ein unruhiges, ausgepreßtes Volk,
da schwelte ein alter Zunder,
ein alter verletzter Stolz.

Ein altes vergangenes Empire
mit Elisabeth, Charles und Diane
mit Herzogen, Lords und Sire
und mit sehr empfindlichen Image.

Da werden die Schwerter
geschwungen,
da werden die Waffen gewetzt,
da wird um etwas gerungen,
was keinen Toten ersetzt.

Und Frieden, das ist nur 'ne Phrase,
und Waffen, die haben 'nen Zweck,
und die Ironie bei dieser Chose,
das ist doch der gemeinste Dreck.

So manche argentinische Rakete,
die wurde in England gekauft,
der Kapitalist, der hat jetzt die
Knete,
dafür gingen die Söhne jetzt drauf.

★★★

Das folgende Gedicht — die Wortsetzung — sandte uns einer unserer treuesten Leser zu. Aber nicht deshalb drucken wir es ab, sondern weil wir es gut finden.

Wortsetzung

Im August 1982

Ein Gespräch wie man es gemacht.
Kaum hatte er das Lebenslicht
erblickt,
der Pfaffe zu ihm mit dem Taufpott
angerast.
Sein Leben sollte damit besiegelt
auf dem Papier war er katholisch.
Nach dem Schauspiel gabs Kaffee
und Kuchen.
Die fromme Gesellschaft ihn lobte.
Wie er die Windeln bemacht
verzogen alle die Nase.
Ob er katholische Töne von sich gab
hat man ihm nie verraten.
Lange Hosen mit Flicken er später
trug
leer war sein Magen.
Dreimal am Tag sollte er beten
man achtete die kapitalistischen
Methoden.
Brot mit Segen käme von oben.
Der Glaube war bei ihm dahin
entlarvte den Spuk derer
die das Blaue vom Himmel logen.
Mit einmal war alles anders
durch die erzeugte Not der
Kapitalisten
der Himmelskomiker Geschwätz
ist er zum Kommunisten geworden,
und das ist er geblieben.
Er war überzeugt,
für Brot, Kleider, Schule
und einem Dach über dem Kopf
muß man kämpfen
da hilft auch kein Beten.

Willi aus Essen

Fragen zum „Pakt"

Liebe Genossinnen und Genossen,

...es geht um folgendes: Am 23.8.1939 wurde zwischen Deutschland und der Sowjetunion ein Nichtangriffspakt abgeschlossen. Dieser Vertrag war richtig und notwendig, das ist klar. Aber es scheint so, daß bei den sowjetischen führenden Genossen eine gewisse Unsicherheit in Bezug auf die Beurteilung der deutschen FGaschisten vorhanden gewesen ist. So hat Molotow nach Ausbruch des zweiten Weltkrieges nicht etwa Deutschland, sondern England und Frankreich der Aggression beschuldigt. Stalin soll sich bereits vor Abschluß des Vertrages so ähnlich geäußert haben. (W. M. Molotow: Über die Außenpolitik der Sowjetunion, in: Kommunistische Internationale, Organ des Exekutivkomitees der Komintern, 1939, Seite 1126 bis 1135 und E. Jäckel: Über eine angebliche Rede Stalins vom 19. August 1939, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Nr. 6/1958, Seite 380 bis 389.)

Hier jetzt meine Fragen:

Was ist von der Rede Molotows zu halten?

Aus welchen Gründen ist in J.W. Stalins Gesammelte Werke, ein „Loch" vom 10. März 1939 bis zum 3. Juli 1941? Es kann ja wohl nicht sein, daß sich Stalin über zwei Jahre lang nicht zu den politischen Problemen der Zeit geäußert hat?! Wenn ihr mal ein bißchen Zeit habt, könnt ihr euch ja damit beschäftigen.

Ansonsten hoffe ich, daß ihr weitermacht wie bisher, der „Rote Morgen" ist wirklich eine hervorragende Zeitung. Besonders gut haben mir die Artikel zu Palästina gefallen. (Wir haben übrigens unsere Sammlung für die PLO fortgesetzt, bis jetzt haben wir 184 Mark zusammen, außerdem haben wir den ASTA dazu gekriegt, 1000 Mark (!) zu spenden — das reicht für vier G3, vielleicht wird es noch ein fünftes.)

Rot Front!
Frank aus Karlsruhe

Anmerkung der Redaktion

Wie bekannt veröffentlichen wir in der Regel keine direkten Antworten auf die Leserbriefe, es sei denn es ergibt sich ein dringender aktueller Grund oder es handelt sich um Fragen von allgemeinem Interesse. Wie schon bei einigen anderen Leserbriefen der letzten Woche ist dies sicher auch bei diesem der Fall — solche Briefe werden wir normalerweise innerhalb eines vernünftigen Zeitraums durch Artikel im „Roten Morgen" versuchen zu beantworten.

Hinweis

Leserbriefe (oder auch Berichte), die auf dieser Seite veröffentlicht werden, stellen selbstverständlich nicht immer die Meinung der Redaktion dar. Auch dann nicht, wenn keine Antwort beigefügt ist, denn in der Regel werden wir alle Leserbriefe ohne Antwort oder Kommentar abdrucken. Außer es werden in so einem Brief Fragen gestellt, die möglichst schnell beantwortet werden sollten und für viele Leser praktisch interessant sind. Aber auch beim „Roten Morgen" gilt: Je kürzer desto schneller kommt ein Brief rein. Ansonsten erhält jeder der uns schreibt per Brief eine Antwort. Eine Gewähr für die Veröffentlichung jedes Briefes können wir nicht geben — wobei bisher, in den zwei Wochen seit Organisierung der Leserbriefseite, wohl schon deutlich wurde, daß es dabei nicht darum geht, Kritik an unserer Arbeit unter den Tisch fallen zu lassen.

Spendenliste

I. Spendenkampagne zum 5. Parteitag der KPD

KPD/Bielefeld, DM 500,—; LBV Weser-Ems, 150,—; R. L., Idar-Oberstein, 100,—; B. G., Kiel, 1500,—; L. H., Lippstadt, 500,—; V. W., Detmold, 500,—; H. K., Köln, 3,50; LBV Westfalen-Lippe, 1546,25; OG Freiburg, 100,—; Zelle 3, Darmstadt, 750,—; KPD/Stuttgart, 160,—; KPD/Oberallgäu, 600,—; LBL Niedersachsen, 803,—; LBV Schleswig-Holstein, 88,—; Türk. Kollegen, Wuppertal, 50,—; Zelle Stuttgart-Ost, 400,—; J. Sch., Karlsruhe, 500,—; W. u. E. A., Müden, 100,—; KPD/Köln, 13,—;

insgesamt DM 8363,75.

Damit gingen für die Spendenkampagne anläßlich des 5. ordentlichen Parteitags der KPD bisher insgesamt 60024,27 DM bei uns ein.

II. Spenden für die verfolgten Genossen in der DDR

LBV Weser DM 1000,—

Wir danken allen Freunden und Genossen herzlich für ihre Spenden.

Spendenkampagne zum 5. ordentlichen Parteitag der KPD

Liebe Kollegen, Freunde und Genossen!

Die Spendenaffäre zeigt es wieder einmal klar: Die bürgerlichen Parteien werden durch die Bank vom Monopolkapital ausgehalten. Zig Millionen Steuergelder werden ihnen über dunkle Kanäle und über die Wahlkampfkostenerstattung für ihre arbeiterfeindliche Tätigkeit zugeschanzt.

Unsere Partei hat es dagegen schwer. Als kommunistische Arbeiterpartei verfügt die KPD über keine anderen Einnahmen als die Beiträge und Spenden ihrer Mitglieder und Freunde. Die Finanzkraft der Partei steht und fällt mit der Einsatz- und Opferbereitschaft ihrer Genossen.

Der 5. ordentliche Parteitag rückt näher. Der Parteitag wird in einer Zeit stattfinden, in der die Vertiefung der kapitalistischen Krise, die drohender werdende Kriegsgefahr und das Anwachsen der faschistischen Kräfte die Arbeiterklasse und die Partei vor große Aufgaben stellen. Ohne Geld kann die Partei diese Aufgaben nicht bewältigen, ohne viel Geld gibt es keine Vorbereitung des Sozialismus.

Führen wir deshalb zum 5. Parteitag eine große Spendenkampagne durch!

Unser Ziel:

200 000 DM Spenden für die KPD bis zum Jahresende!

Jede Mark für die Partei ist gut investiert — jede Mark für die KPD dient deinen eigenen Interessen, ist eine Mark für die Revolution.

ZK der KPD

Spenden bitte auf folgende Konten überweisen:

KPD, 4600 Dortmund 30, Bank: Stadtsparkasse Dortmund (BLZ 44050199) Kto-Nr.: 321004547.
Postscheckkonto: Postscheckamt Dortmund (BLZ 44010046) Kto-Nr.: 6420 - 467.

***

Spenden für die KPD sind im Rahmen der Höchstgrenzen (1800,— DM für Ledige / 3600,— DM für Ehepaare) von der Lohn- und Einkommenssteuer absetzbar. Dies bewirkt, daß 22 oder mehr Prozent der Spende vom Finanzamt erstattet werden. Auf Wunsch versenden wir Spendenbescheinigungen. **Spendenbescheinigungen für Privatpersonen können nicht für Spenden ausgestellt werden, die — laut Überweisungsabschnitten — von Zellen oder anderen Gliederungen der Partei gezahlt werden.**



Abonniert das Zentralorgan der KPD

Hiermit bestelle ich:
Abonnement ab Nr. ......

☐ für 1 Jahr
☐ für 1/2 Jahr
☐ Probenummer

Die Zahlung erfolgt: ☐ jährlich DM 60.- ☐ halbjährlich DM 30.-

Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Andernfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Bestellt Informationsmaterial der KPD

☐ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD
☐ Ich möchte Mitglied der KPD werden.

Name: ....
Straße: ....
Plz/Ort: ....
Datum: .... Unterschrift: ....
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

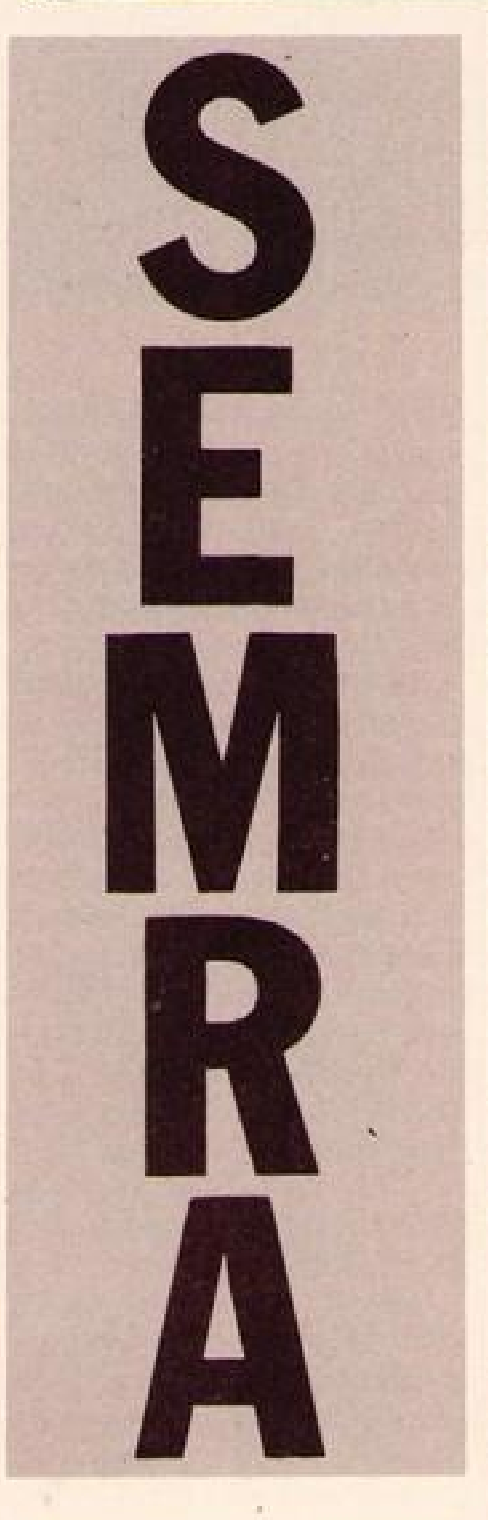
Ausschneiden und einsenden an das **Parteibüro der KPD, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30.**

RM-Erzählwettbewerb

Gleich zwei Erzählungen werden dieses Mal im Rahmen des Wettbewerbs zum RM-Pressefest vorgestellt. Natürlich haben wir schon mehr Einsendungen erhalten, als wir bis zum Fest im RM wiedergeben können. Aber nicht nachlassen! Wir möchten noch viel mehr haben. Die Vorauswahl ist übrigens willkürlich und hat noch nichts mit einer Wertung zu tun. Die Veröffentlichung wird auch nach dem Fest fortgesetzt.



RM-Erzählwettbewerb



Semra, heute denk' ich nur an dich. — Ich steh' vor meinem Telefonschrank, suche krampfhaft die Nummern der Leiterplatten auf dem Plan, schiebe schließlich die Platten ein und denke an deine braunen Augen. Die waren manchmal verdammt traurig, aber trotzdem unheimlich lebhaft.

Als du vorgestern im Betriebsratsbüro warst, als wir zusammen besprochen haben, wie man die Lohngruppe 2 von deinem Arbeitsplatz wegkriegen könnte; wie du sagtest, daß das 'ne Unverschämtheit ist mit Lohngruppe 2, den ganzen Tag in verkrampfter Haltung sitzen, Rücken kaputt, Beine schief, obere Körperpartie ständig in halber Drehung, hin und her, Arme nach oben, mit der Pistole die Drähte schießend, dahin, wo die Lampen aufleuchten, 100, 1000, zigtausendmal am Tag...

Und dann, was du gesagt hast, was gar nicht zum Thema gehörte. „Also, da habe ich dem Einrichter gesagt, ich hab' 'ne Viertelstunde Wartezeit. Da hat der gesagt, das geht doch nicht. Da hab' ich gesagt, unterschreiben Sie jetzt oder soll ich vorgehen? Da hat der sofort unterschrieben. Mit mir trauen die sich nichts mehr!" Sie hat dabei gestrahlt und gelacht, weil die sich nichts mehr trauen mit ihr. So ein schleimiger Einrichter und solch eine Frau... kann nicht gutgehen für ihn! Verdammt, jetzt hab' ich falsch bestückt, die Zeit vergeht, der Schrank müßte längst fertig sein, und ich bau' im Moment nur Kurzsschlüsse. Akkord, Akkord, Akkord ist Mord...

Vorgestern hab' ich Semra gefragt, ob sie mit uns RGO-Leuten zusammen besprechen will, was wir gegen die Kurzarbeit und die drohenden Entlassungen machen sollen. Ja, sie wollte übermorgen zum Termin kommen.

Ich hab' sie kennengelernt, als wir am 8. März mit Vertrauensfrauen zusammen — Semra war eben gewählt worden — den Frauentag bei Kaffee und türkischer Pizza feierten. Am selben Morgen war mein Auspuff flöten gegangen. Statt zur Werkstatt fuhr ich mit meinem Panzer trotzdem zum Frauentag und kam prompt in eine Polizeikontrolle. Semra hat sofort gesagt: „So kannst du nicht mehr fahren. Ich nehm' dich heut' abend mit in die Werkstatt meiner Bekannten". Und da hat sie dann stundenlang geholfen, Ersatzteile zu beschaffen und anzubringen. Sie konnte alles. Sie konnte arbeiten wie wild, reparieren, sie konnte Wut haben, sie konnte helfen, sie konnte rauchen, sie konnte erzählen... Sie konnte bestimmt noch mehr. Ich hab' sie ja gar nicht richtig kennengelernt, ich weiß nichts von ihr als ein paar dürre Daten, zwei Kinder, geschieden, alleine hier, jahrelange Akkordarbeit, beschissenes Leben — sie konnte sicher auch weinen. Weshalb ich immer an ihre Augen denke? Damals in der Werkstatt haben wir mit den türkischen Kollegen zusammen Kaffee getrunken. Viel türkisches bla bla. Ich hab' natürlich nichts verstanden. Dafür massig Zeit zum Hinschauen: Semra war so glücklich, so aufgedreht, nichts lebendiger als ihre braunen Augen!

Aber jetzt muß ich zur Betriebsratssitzung. Ob die Blumen wohl schon da sind? Ob die Kolleginnen ihrer Abteilung sich wohl gegen den Meister durchsetzen, der keine Blumen will?! Das geht doch den einen Dreck an, die Maschine bleibt doch sowieso leer, kann dem doch egal sein, ob Blumen draufstehn...

Also Betriebsratssitzung. Da schwingt sich so ein sogenannter IGM-Betriebsrat auf und redet von Überstundennotwendigkeit trotz Kurzarbeit und stellt den Antrag, die Geschäftsleitung in den Betriebsrat einzuladen, damit diese nochmals die Gelegenheit bekommt, die Folgen der Ablehnung von Überstunden so drastisch auszumalen, damit die Mehrheit des Betriebsrats mit vollgeschissenen Hosen zustimmt. Ich sehe die türkische Betriebsratskollegin mir gegenüber Löcher in die Luft starren. Dann höre ich wieder den besagten Betriebsrat: „Ich habe nichts gegen zwei Tage Kurzarbeit beim Kabelverbinder, vorausgesetzt... die Geschäftsleitung muß doch... wenn doch wirklich keine Arbeit da ist... Sonst kommt alles noch schlimmer..." Er hat nichts gegen Überstunden, er hat nichts gegen mehr Kurzarbeit. Und das gleichzeitig. Ich denke, ja, ja, ja, mithelfen, den Betrieb sanieren. Da muß man blitzschnell reagieren. Nein, nein, nein!

Semra steckt im Hinterkopf. Die hat das meiste ziemlich richtig gesehen. Die hat malocht wie eine Irre und ist dafür mit 1300 Mark nach Hause gegangen. Während besagter Betriebsrat sich vom einfachen Arbeiter als Betriebsrat auf 4000 Mark hat hochbestechen lassen. Semra hätte das Wort Ausbeutung im Betriebsratsbericht nicht streichen lassen!!!

Sie hat in der Fremde gearbeitet, mit dem Wunsch, irgendwann mal soweit zu sein, in der Heimat leben zu können. Und jetzt? — Jetzt ist noch nicht einmal das Geld da, daß sie tot dahin zurückkommt. Aber die Kolleginnen sammeln schon.

Nach der Betriebsratssitzung geh' ich in die Halle zurück. Auf Semras Maschine stehen Blumen. Schwarzer Trauerflor. Viele Kolleginnen weinen, eine ist schon nach Hause gegangen. Keiner weiß, wo sie liegt. Unfall auf der Strecke von München nach Witten. Hat jemand dahingebracht, mußte nachts zurück, um morgens rechtzeitig zur Schicht da zu sein. Unfall, tot. Verdammtes Siemens... Blumen auf dieser verfluchten Maschine, statt Semra, die eine Schwester für mich war, obwohl ich sie kaum kannte; die ich geliebt hab' und nicht nur ich; die eine Genossin hätte werden können im Kampf für eine bessere Welt, wenn, ja wenn... Wir hätten sie gebraucht. Dringend!

Drei Anekdoten

Kindermund — wie oft hat er uns schon zum Schmunzeln gebracht, kindliche Phantasie, wie oft hat sie uns erheitert. Zigmal hatte ich mir schon vorgenommen: Schreibe die kleinen Anekdoten einmal an den „Roten Morgen". Schon deshalb, weil zur Kinderwelt unserer kleinen Genossen auch das politische Leben der Eltern gehört. Aber wie sollte ich schreiben? Welche Form sollte es sein? Eine Anekdote, eine Geschichte? Eine Posse? Ich will einfach hier einmal drei kleine Erlebnisse erzählen:

In Hamburg war's. Wir waren alle zur RGO-Mitgliederversammlung gekommen. Es gab eine umfangreiche Tagesordnung zu diskutieren und zum Schluß wurde der Vorstand neu gewählt.

Auf solchen Versammlungen kam es schon manchmal vor, daß Eltern, wenn sie keine andere Möglichkeit hatten, die Kinder unterzubringen, diese mit zur Versammlung brachten. Der kleine Martin, vier Jahre alt, war mit seiner Mutter gekommen. Er konnte sich gut selbst beschäftigen und verhielt sich still. Nachdem aber fast drei Stunden vergangen waren, wollte er nun doch lieber mit seiner Mutter nach Hause. Diese erklärte ihm, daß die Versammlung bald beendet sei, nur die Wahl des neuen Vorstandes noch, dann gingen sie nach Hause. Der kleine Martin gab sich damit zufrieden, platzte aber in den Saal: „Wo sind denn hier die Walfische?"

Ein paar Tage später besuchte ich die Eltern vom kleinen Martin. Sie hatten immer viel Besuch und meistens Genossen. Der kleine Martin kannte sie mit der Zeit alle. An diesem Tag klingelte es und Martin lief zur Tür, um in gewohnter Weise einen Genossen einzulassen. Doch als er die Tür öffnete, stand da ein Unbekannter, ein Vertreter. Etwas erschrocken und voller Lautstärke rief er deshalb: „Papa, Papa, ein neuer Genosse".

Und noch eine Begebenheit: Hartmut, beim letzten Bundestagswahlkampf fünf Jahre alt, besuchte einen Kindergarten. Die vielen politischen Gespräche im Fernsehen und anderswo in dieser Zeit, die vielen Plakate gegen Strauß, die Unterhaltung zu Hause, die die Eltern führten, blieben auf Hartmut nicht ohne Wirkung. Im Kindergarten erzählte Hartmut nun seiner kleinen Kameradin von dem Bumann Strauß, dem bösen Mann. Die Kleine bekam Angst und fing an zu weinen. Das veranlaßt die Kindergärtnerin, den kleinen Hartmut zur Ordnung zu rufen: „Hartmut, Politik ist im Kindergarten verboten!"

W. A.

Abonniert den „Roten Morgen"!

Die kommunistische Presse ist wichtig für die Arbeiterbewegung in unserem Land. Der „Rote Morgen" bringt jede Woche Berichte aus Gewerkschaft und Betrieben, Hintergründe, Analysen, Einschätzungen für den Klassenkampf, wie es sie in der bürgerlichen Presse nicht gibt. Der „Rote Morgen" ist eine Waffe im Kampf gegen die Macht der Kapitalisten und ihres Staates. Wir rufen auf, für die weitere Verbreitung des „Roten Morgen" zu sorgen. Aus Anlaß seines 15jährigen Bestehens haben wir einen Abonnenten-Werbewettbewerb ausgeschrieben, bei dem es auch etwas zu gewinnen gibt: Neben attraktiven Buchpreisen winkt als Hauptpreis eine Flugreise in die Sozialistische Volksrepublik Albanien mit zwei Wochen Vollpension und Ausflügen für eine Person.

Ich habe den/die unten Genannte(n) als neuen Abonnenten des „Roten Morgens" geworben. Ich nehme damit am Wettbewerb teil.
Das Abo soll beginnen ab Nr. /82. Es gelten die bekannten Abonnements- und Vertriebsbedingungen.

Name des Werbers: ....

Straße: ....

PLZ/Ort: ....

RM-Abo-Wettbewerb

Name des Abonnenten: ....

Straße: ....

PLZ/Ort: ....

(Ausschneiden, auf Postkarte kleben oder in Briefumschlag stecken, einsenden!)

15 Jahre ROTER MORGEN

Am 25./26. September in Dortmund-Lütgendortmund

Seit 15 Jahren gibt es den „Roten Morgen". Am 1. Juli 1967 erschien die erste Ausgabe, noch illegal, von Genossen der verbotenen KPD herausgegeben. Als diese Genossen sich über das KPD-Verbot hinweggesetzten und zusammen mit anderen Marxisten-Leninisten wieder eine revolutionäre, eine kommunistische Partei gründeten, wurde der „Rote Morgen" das Zentralorgan dieser Partei, der KPD, die damals noch KPD/ML hieß.

Revolutionäre Stimme der Arbeiterklasse - Stimme des Marxismus-Leninismus in Deutschl



Ausstellungstafel auf dem letzten RM-Pressefest vor fünf Jahren.

15 Jahre „Roter Morgen" sind für uns ein Grund zum Feiern. Deshalb machen wir ein Fest. Und dazu laden wir alle interessierten, fortschrittlich gesinnten Menschen ein.

Wir feiern am 25. und 26. September 1982 auf dem Marienbornplatz in Dortmund-Lütgendortmund.

Den Startschuß geben die Kleinsten: Mit einem Kinderfest beginnt das Programm am Samstag gegen 10.30 Uhr. Theater, Kabarett, Arbeiterlieder, Politrock, Diskussionen, Veranstaltungen, Informationen... Wir glauben, daß es sich lohnt, dabei zu sein.

Am Samstag nachmittag findet im großen Festzelt eine Veranstaltung der KPD statt. 15 Jahre „Roter Morgen" sind auch ein Anlaß, den Kampf und die Entwicklung der Partei darzustellen und sich zu fragen: Wo stehen wir heute? Wie geht es weiter?

Der Abend des ersten Festtages gehört der Jugend. KJD und Kommunistische Studenten gestalten ein Programm mit viel Musik, Kultur und natürlich Politik bis in die Nacht.

Am Sonntag stehen unter anderem zwei Diskussionsrunden auf dem Programm. Es geht um den antifaschistischen Kampf und um die Gewerkschaftsbewegung in unserem Land.

Am Nachmittag wird eine Manifestation „Gemeinsam gegen Ausländerfeindlichkeit" das offizielle Programm beschließen. Hier wird die KPD ihre Meinung zu diesem drängenden Problem sagen. Vorschläge machen, unter welchen positiven Losungen die Gegner der Ausländerfeindlichkeit gemeinsam den Kampf führen können. Wir rufen die Initiativen gegen Ausländerfeindlichkeit auf, diese Manifestation mitzugestalten. Dies ist also keine reine KPD-Veranstaltung.

Auf einem „Markt der Möglichkeiten" bieten wir den verschiedensten Initiativen, Gruppen usw., die den Kampf gegen Nazis und Faschisierung, für den Frieden, gegen den drohenden Weltkrieg, für demokratische Rechte, gegen die Raubzugspolitik des Staates usw. führen, die Gelegenheit, ihre Arbeit darzustellen, für ihre Arbeit zu werben. Sie können das so tun, wie es ihnen zusagt; sie werden nicht für eine Veranstaltung der Kommunistischen Partei „vereinnahmt". Wir machen dieses Angebot, weil wir uns allen Antifaschisten und Demokraten solidarisch verbunden fühlen. Wir haben eine ganze Reihe von Gruppen schriftlich eingeladen. Wer nur auf diesem Wege davon erfährt und Interesse hat, den bitten wir, sich an uns zu wenden.

Auf dem Festplatz vor dem großen Zelt werden die Landesbezirksverbände der KPD, sowie Verlag und Redaktion des RM einen Einblick in ihre Arbeit geben. Es gibt Gelegenheit, mit Genossen der Partei, mit Betriebsräten und Jugendvertretern, mit Redakteuren unserer Zeitung zu diskutieren. Für Essen und Getränke ist gesorgt. An den Buden der Landesbezirke gibt es regionale Spezialitäten.

Wir laden euch ein. Wer kämpfen will, muß auch feiern können. Feiern wir zusammen — am 25. und 26. September in Lütgendortmund!

Säureregen vergiftet Wälder

Die Zeitbombe im Wald

In unseren Wäldern tickt eine Zeibombe. Ein großflächiges Tannen- und Fichtensterben hat in fast allen Staaten Europas und Nordamerikas schon riesige Waldflächen verschwinden lassen. Ausgelöst wird der Untergang unserer Wälder durch saure Niederschläge, die vor allem aus den Schornsteinen von Kraftwerken und Raffinerien stammen. Obwohl die Schäden und die wesentlichen Verursacher seit Jahren bekannt sind, wird wenig zur Rettung der Wälder unternommen. Dabei sind simple Techniken bekannt, mit denen die schwefelhaltigen Niederschläge verhindert werden könnten. Doch dies schmälert den Gewinn der Herren von Banken und Industrie, darum sterben unsere Wälder weiter.

Die Waldbauern im Schwarzwald raufen sich die Haare. Die Kronen ihrer bis zu 45 Meter hohen Tannen werden schütter und färben sich grau. Auf einer Protestversammlung von Waldbesitzern im Bayerischen Wald wurde festgestellt, daß der Naßkern im Innern der Stämme bis zu 80 Prozent der Schnittfläche ausfüllt und dadurch der Anteil von Wind- und Schneebruch immer höher steigt. Die wirtschaftlichen Schäden gehen in die Millionen. Auch hoch im Norden, in der Krummhörn, sind Pappeln und Erlen schon geschwächt und tragen oftmals nur noch auf der windabgewandten Seite Blätter. Im Taunus kündigt sich ein großflächiges Fichtensterben an.

Schadensmeldungen mit zahlreichen Symptomen treffen aus allen Bundesländern, aus nahezu allen Staaten Europas und Nordamerikas ein. Allein in der Bundesrepublik sind über 120000 Hektar Wald erkrankt, über zehn Milliarden Fichtenbäume sind mittelfristig vom Baumtod bedroht. Die Schäden haben bereits eine Größe erreicht, die die Summe der Schäden übersteigt, die Rotfäule oder Rüsselkäfer je im Wald anrichten konnten. Für manchen kleinen Waldbauern haben diese Schäden schon zur Gefährdung der Existenzgrundlage geführt.

Von Monat zu Monat verdichten sich die wissenschaftlichen Indizien, daß die allerorten auftretenden Baumseuchen eine gemeinsame Hauptursache haben: Die zunehmende Luftverschmutzung, insbesondere durch Schwefeldioxid aus Ölheizungen, Auspufftöpfen und, vor allem, den Schloten von Kraftwerken, Erzhütten und Raffinerien. Das rapide Absterben der besonders gefährdeten Nadelbäume ist nur der Anfang vom Ende vieler Baumarten, wenn die Schwefelbelastung in der Luft weiter zunimmt.

Schließlich schädigt der saure Regen nicht nur den Wald, sondern richtet auch an anderen Nutzpflanzen sowie an Bauwerken Milliardenschäden an und bedroht die Gesundheit der Menschen.

Wann immer etwa im Ruhrgebiet während der letzten Jahre Smog-Alarm drohte, war Schwefeldioxid die Hauptursache. Wie gefährlich diese Gift-Gas-Mixtur den Menschen werden kann, das ist seit Jahrzehnten bekannt. In London starben 1952 in nur drei Tagen 4000 Menschen an den Smog-Folgen. Im Ruhrgebiet starben im Dezember 1962, als wieder einmal Smog-Alarm war, 156 Menschen mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Schwefeldioxid steht in seiner Schadwirkung ganz eindeutig auf Platz eins der Luftschmutztabelle. Schwefel wird freigesetzt, wann immer fossiler Brennstoff verfeuert, verflüssigt, vergast oder verstromt wird. Jährlich gehen auf die Bundesrepublik rund 3,5 Millionen Tonnen Schwefeldioxid nieder, das Doppelte der 1950 registrierten Menge.

Schwefeldioxid wirkt auch auf die Baustoffe ein. Proben von Sandstein und Muschelkalk verloren unter Einwirkung von Schwefeldioxid innerhalb eines Jahres 3 bis 4 Prozent ihres Gewichtes. Auch Stahlbeton ist nicht mehr sicher, die Lebensdauer von Betonbauten verkürzt sich unter Einwirkung von Schwefeldioxid um nahezu die Hälfte. Möglicherweise ist dies die Ursache dafür, daß viele Spannbetonbauten reißen oder gar zusammenbrechen, so im letzten Jahr zum Beispiel das Dach der Berliner Kongreßhalle.

Erst recht kann natürlich die betonfressende Luft, die als saurer Regen herunterkommt, Pflanzen schädigen. Diese Wirkung von Schwefeldioxid auf die Pflanzen, besonders auf die Nadelbäume, ist seit Jahrzehnten bekannt und in jedem Botanikbuch vermerkt. Etwas neuer ist die Erkenntnis, daß nicht nur die Wälder am Rande von Industriezentren gefährdet



sind, sondern daß die tödliche Fracht fast gleichmäßig über das gesamte Land verteilt wird.

Den hohen Schornsteinen, deren Bau den Konzernen allemal billiger kommt als die Installation aufwendiger Filteranlagen, ist es zu verdanken, daß auf der einen Seite der Schwefeldioxidgehalt der Luft etwa im Ruhrgebiet leicht gesenkt wurde, auf der anderen Seite aber nun das tödliche Gas über Schwarzwald oder Harz abgeladen wird. Die schwefelspuckenden Schornsteine, teils höher als 300 Meter, wirken schon seit Jahren wie chemische Waffen. Die Giftschwaden kümmern sich um keine Grenzen, sondern driften auch zu den Nachbarn und bescheren dort zur Unzeit den sauren Regen. So sorgen unsere Schornsteine dafür, daß auch die nordischen Wälder ihre tödlichen Portionen bekommen. Zum Ausgleich schicken besonders die Franzosen uns ihr Schwefeldioxid per Luft herüber.

Der Regen früherer Jahrhunderte hatte einen pH-Wert von 7,0 und lag damit in der Nähe des biologischen Neutralpunktes von 5,6 auf der pH-Wertskala (die Skala reicht von 0 bis 14, von extrem sauer bis extrem alkalisch = pH-Wert 14). 1965 hatten die Niederschläge in der Bundesrepublik noch einen Mittelwert von 5,2. Derzeit liegt der mittlere pH-Wert von Regenwasser in der Bundesrepublik bei 4,1.

Weil sich mit abnehmender pH-Zahl der Säuregehalt einer Flüssigkeit jeweils um eine Zehnerpotenz erhöht, signalisieren diese Daten, daß der Regen heute mehr als zehnmal so sauer ist wie vor 16 Jahren.

Die aus den Industriezentren emporsteigenden Schwefeldioxid-Abgase werden durch Sonnenlicht und Luftfeuchtigkeit in Schwefelsäure verwandelt, die sich Hunderte von Kilometern weiter niederschlägt. Die sauren Wolken regnen ihre Giftfracht vor allem über den Berghängen ab. Die Wälder in den Hoch-, Kamm- und Staulagen der Mittelgebirge, im Harz, Hunsrück und Frankenwald sind mithin besonders gefährdet. Nadelbäume sind mehr gefährdet als Laubbäume. Eichen und Buchen können wenigstens einmal im Herbst die schwefelige Last zusammen mit ihren Blättern abwerfen und bieten im Winter nur wenig Angriffsfläche. Die Nadelbäume hingegen sind den Angriffen des sauren Regens schutzlos ausgeliefert.

Am ehesten kann der Wald dort durchhalten, wo er auf kalkhaltigen Böden wurzelt, etwa im Jura. Dort kann die Schwefelsäure neutralisiert werden, dabei entsteht Gips, der mit dem Sickerwasser fortgeschwemmt wird. Wo aber Kalk in den Böden eine Mangelware ist, da greift die Säure die organischen Verbindungen im Humus und im Wurzelboden an. Lebensnotwendige Bodenbestandteile werden rausgelöst und giftige Aluminium-Ionen werden freigesetzt. Die aggressive Wirkung von Aluminium ist bekannt, der Mensch nutzte sie, als er mit Alaun (Kalialuminiumsulfat) Warzen ausmerzte. Im Waldboden wirkt Aluminium mörderisch. Nützliche Bodenbakterien werden vernichtet und hilfreiche Bodenwühler werden vertrieben. Über die Wurzeln ins Holz transportiert, wirkt es als tödliches Zellgift.

Die Feinwurzelmasse im Waldboden stirbt ab. Dadurch verlieren die Baumstämme ihren Halt und macht sie anfällig für Windwurf und Schneebruch. Dem schlecht durchwurzelten Boden drohen Nässestau und Erosion. Wenn die wurzelkranken Bäume nicht eingehen oder umstürzen, dann kümmern sie dahin. Im Naßkern des Stammes wimmelt es nur so von Fäulnisbakterien, der Wassertransport im Stamm wird behindert. Die Rinde bröckelt vom Stamm und die Zweige beginnen zu nadeln. Schüttere, graubraune Baumwipfel sind dann die typischen Vergiftungserscheinungen.

Auf einem Umweltforum der SPD konnten Fachleute vermelden, die Gesetzesvorschriften der Regierung hätten dazu geführt, daß der Himmel über dem Ruhrgebiet wieder blau ist. Das stimmt, aber das bedeutet noch lange nicht, daß die Luft sauberer geworden wäre. Im Gegenteil, der Ausstoß von Schadstoffen hat zugenommen, nur hat die Industrie den giftigen Auswurf durch den Bau von höheren Schornsteinen besser über das Land verteilt. Diese Hochschornsteinpolitik ist die Hauptursache dafür, daß bei anhaltenden Gift-Emissionen die Bundesrepublik auf lange Sicht zu einem riesigen Ruhrgebiet zu werden droht und das Waldsterben durch Schwefeldioxid fortschreitet.

Außer solchen Erfolgsmeldungen, wie auf dem Umweltforum der SPD, haben die meisten Bonner Politiker in den bundesdeutschen Waldsterben bislang kein Thema gesehen. Obwohl gerade den Waldbauern dieses Thema verlustreich unter den Nägel brennt, kommen aus dem Landwirtschaftsministerium nur nichtssagende Antworten. Zwar wurde von Ertl vor einem Jahr ein Expertenteam berufen, das ergründen soll, warum der Wald vom Säuretod bedroht ist, doch allzu genau möchte der Landwirtschaftsminister wohl nicht informiert werden, dies wäre schon zu einem viel früheren Zeitpunkt möglich gewesen.

Das Desinteresse der Politiker in Bonn und in den Bundesländern an dem Tannensterben liegt nicht so sehr an einer Gleichgültigkeit der Natur gegenüber, als mehr am Druck der Wirtschaftslobby, die es nicht zuläßt, daß von offizieller politischer Seite Front gegen den sauren Regen gemacht wird. Der Gesamtverband der Steinkohlenindustriellen, die Vertreter der Energiewirtschaft und der Stahlschmelzen, die mit führend an den Schalthebeln der Macht in unserem Land sitzen, sorgen mit abwiegelerischen Meldungen dafür, daß keine Gesetzentwürfe ihre Profitbestrebungen schmälern können.

Ganz auf dieser Linie dürfte auch der FDP-Bundestagsabgeordnete Wolfgang Rumpf mit seinem Vorschlag liegen, der zur Behebung der Schäden im Wald eine Abgabe in Form eines „Waldpfennigs" forderte. Mit einem solchen Pfennig könnten die enormen Kosten auf möglichst viele Schultern verteilt werden, so argumentierte Rumpf. Dies ist die Linie, auf die Bonn zusteuern will. Wenn schon angesichts des traurigen Zustandes mancher Wälder die Schäden eingestanden werden müssen, dann sollen zumindest aber die hauptverantwortlichen Verursacher im Hintergrund bleiben. Mit einem „Waldpfennig" soll uns allen die Schuld in die Schuhe geschoben werden. Parallelen zum „Milchpfennig" tun sich auf.

Unbekümmert um die ökologischen Folgen, machen Bosse von Kraftwerken, Raffinerien und Fabriken in Bonn Stimmung gegen Gesetze, die Beschränkungen von Schwefelabgaben in die Umwelt vorsehen. Man droht mit dem Verlust von Arbeitsplätzen und Energieengpässen und meint in Wirklichkeit nur den Verlust der maximalen Profite. Dabei ist das Prinzip einer umweltfreundlichen Methode der Kohleverbrennung seit einem halben Jahrhundert bekannt: das sogenannte Wirbelschichtverfahren, bei dem gemahlene Kohle durch Preßluft in einem Schwebezustand gebracht, mit Kalk versetzt und bei relativ niedrigen Temperaturen verbrannt wird. Giftige Stickoxide entstehen bei diesem Verfahren kaum. Und der in der Kohle vorhandene Schwefel verläßt das Kraftwerk nicht durch den Schornstein, sondern verwandelt sich in Gips, der mit der Asche abgeräumt und als Baumaterial Verwendung finden kann. Der Wirbelschichtofen ist bereits zur Serienreife entwickelt worden, Nachfrage gibt es aber so gut wie keine, weil bestimmten Kreisen nicht profitabel genug.

Im Düsseldorfer Stadtteil Flingern steht bislang das einzige Kraftwerk mit Wirbelschichtverfahren. In Völklingen an der Saar wird ein zweites errichtet, eine Anlage, die ohne Schornstein auskommt. Mit diesem Wirbelschichtverfahren ausgerüstete Fernheizanlagen können auch in den Städten bedenkenlos betrieben werden. Zum einen könnten so Millionen von Heizölanlagen stillgelegt werden und zum anderen würde die Kohle wieder Vorrang vor dem Heizöl bekommen.

Würde ein solches Gesetz verabschiedet, daß alle technisch möglichen Verfahren zur Reinhaltung der Luft zwingend vorschreibt, dann könnten in kurzer Zeit über 95 Prozent aller Schwefeldioxidmengen schadlos zurückgehalten werden. Nicht nur der Wald würde uns dies danken. Doch das Profitstreben der Mächtigen in unserem Lande macht uns auch in dieser Frage einen dicken Strick durch unsere Rechnung. Im Interesse der Gesundheit der Natur und im Interesse unserer eigenen Gesundheit: Könnten wir daran nichts ändern?

Abdruck

Der Redaktion der Zeitung „Freies Landvolk", die uns und anderen Zeitungen Vorabdrucke einer Reihe von Artikeln zusandte, verdanken wir diese beiden Artikel, die wir hier wiedergeben, weil wir sie für sehr interessant halten. Das Thema „Saurer Regen" erweist sich — wie so viele Umweltprobleme — als ein Ergebnis der kapitalistischen Gesellschaft, in der eben der Profit an erster Stelle steht. Und wie diese Profitgeschäfte noch gemacht werden, das geht aus dem kurzen Artikel über den Binnen- und Außenhandel der BASF mit den deutschen Bauern hervor. Unter den uns zugesandten Artikeln war auch noch ein dritter, innerhalb der Serie „Feinde des Landes", über die Praktiken der Bayer AG, den wir aus Platzgründen leider nicht auch noch wiedergeben können. Wir empfehlen unseren Lesern deshalb um so mehr, die neueste Ausgabe des „Freien Landvolks" zu lesen.

Stickstoffdünger im Preis vollständig überhöht

(Ludwigshafen) Zwei Binnenschiffe verlassen im März gleichzeitig die BASF in Ludwigshafen. Beide sind mit Kalkammonsalpeter beladen. Während das eine Binnenschiff den nächsten Hafen aufsucht, macht das zweite Schiff einen Umweg über die Niederlande. So zu einer Auslandsware geworden, wird dieser Kalkammonsalpeter im gleichen Hafen, in dem auch das erste Binnenschiff entladen hatte, um drei Mark billiger pro hundert Kilo angeboten. Und dies trotz erhöhter Transportkosten.

Dieses Beispiel macht deutlich, wie wir Bauern von den großen Chemiekonzernen ausgeplündert werden und macht auch schlagartig deutlich, was wir von dem Märchen zu halten haben, die Erhöhung des Preises von über 30 Prozent in 18 Monaten sei die Folge der Ölpreiserhöhungen. Im Preisvergleich in der EG liegen die Preistreiber in den drei deutschen Chemiekonzernen an einsamer Spitze. Selbst dem Raiffeisen-Präsidenten Croll ist die Preistreiberei zuviel, und er fordert eine erhebliche Preissenkung durch die Chemiekonzerne. Präsident Heereman, Aufsichtsrat bei der Bayer AG in Leverkusen, äußerte sich nicht in diesem Sinne.

Dabei sind die Praktiken der Chemiekonzerne nicht neu. Schon 1970 verkaufte die BASF über ihre Tochter Portuguesa LDA die Tonne Reinstickstoff um 300 Mark billiger als bei uns in der Bundesrepublik. Landhändler holten mit Küstenschiffen den Stickstoffdünger aus Portugal zurück und boten ihn billiger an, als die Chemiekonzerne aus der Nachbarschaft dafür verlangten.

Ähnliche Vorgänge wurden auch über den Umweg über Dänemark beobachtet und dies führte schon 1973 zu einer Anfrage in den Bundestag, in der ein Abgeordneter wissen wollte, worin die erheblichen Preisunterschiede begründet seien. Und er fügte selbst die Antwort hinzu: „Trifft es zu, daß insbesondere die Preise in Dänemark wesentlich unter dem deutschen Niveau liegen, weil dieses Land nicht über eine eigene Düngemittelproduktion verfügt und dort Wettbewerbspreise, in den Ländern der ‚Alt-EWG' dagegen Kartellpreise gelten?"

Die BASF kann bei der Preistreiberei noch einen besonderen Extraprofit erzielen und entlarvt dabei vollends die Lüge von den erhöhten Ölpreisen. Im vollständigen Besitz der BASF befindet sich die Wintershall AG, die maßgeblich an der Erdölförderung im Bundesgebiet beteiligt ist. Da hält kein Scheich die Hand auf, sondern die BASF-Aktionäre, an der Spitze die Deutsche Bank, sind die wahren Nutznießer der Preistreiberei. Opfer sind wir Bauern.

Aus „Workers Weekly":

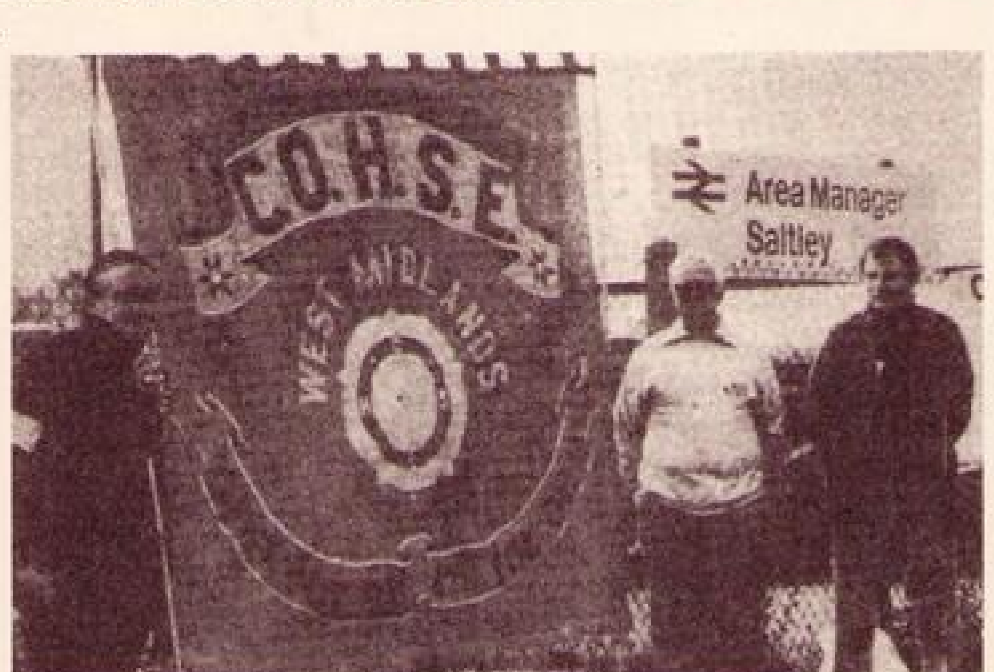
Entschlossene Unterstützung für den Kampf der Lokführer

Die Zeitung „Workers Weekly" (Arbeiterwochenzeitung), das Zentralorgan der Revolutionären Kommunistischen Partei Britanniens (M-L), veröffentlichte in ihrer Ausgabe vom 10. Juli einen großen Artikel, indem die entschlossene Unterstützung der britischen Kommunisten für die Kampfaktionen der Lokomotivführer begründet wird. Wir bringen im folgenden eine kurze Zusammenfassung dieses Artikels, da es uns auch für unsere Leser interessant erscheint, unter welchen Bedingungen dieser Kampf — über den beispielsweise im deutschen Fernsehen viel gehetzt wurde — stattfand.

In dem Artikel wird vor allen Dingen hervorgehoben, daß dieser Streik — wie noch keiner zuvor, obwohl man in dieser Hinsicht in Britannien einiges gewohnt ist — einer massiven und von allen Seiten betriebenen Hetzkampagne der Bourgeoisie und der Regierung gegenüberstand. Nicht nur, daß ständig wiederholt wurde, daß dieser Streik nur der „Allgemeinheit" schade, die Lokführer sich sozusagen am britischen Volk vergehen würden. Dazu kamen stündlich verbreitete Meldungen, welche Gewerkschaftsorganisation nun wieder ausgeschert sei, eine Beendigung des Kampfes fordere und so weiter — was sich in den meisten Fällen schnell als plumpe Fälschung zeigen ließ.

Im Zentrum der Hetze stand der von Thatcher beschworene „Geist von Falkland" — so geschlossen und entschlossen wie man dort in den Krieg gezogen sei, so möchte es die Regierungschefin auch in der Wirtschaft gerne haben, sprich: keine Streiks, keine Lohnforderungen und Hinnahme verschlechterter Arbeitsbedingungen.

Unfreiwillig verrät Frau Thatcher damit schon auch den eigentlichen Kurs ihrer Politik: Der Geist des Krieges soll die Wirtschaft beherrschen, es soll



Solidaritätsaktion mit den streikenden Lokführern.

sozusagen unter Notstandsbedingungen gearbeitet werden. Da paßt auch der Streik der Lokführer herein. Denn ihr Kampf gilt neuen Plänen, in denen die British Railways eine Vorreiterrolle übernehmen sollen: Abschaffung des Acht-Stunden-Tags als Regelarbeitszeit und Einführung sogenannter gleitender Arbeitszeiten, die im konkreten Fall der Bahn und anderer öffentlicher Dienste die Voraussetzung für geplante Entlassungen größeren Stils sind.

Im Rahmen dieser Hetze gegen die Eisenbahner stand dabei auch das öffentlich ausgebreitete Konzept eines neuen Gewerkschaftsgesetzes, beziehungsweise einer neuen Taktik der Unternehmer gegenüber den Gewerkschaften, was die staatlichen Betriebe auf Anweisung der Regierung vormachen sollen: Es wurde das sogenannte „Reagan-Modell" gefordert. Was damit gemeint ist: Ein Vorgehen wie es vor einiger Zeit der US-Präsident Reagan gegenüber den Fluglotsen anwandte als er kurzerhand alle Streikenden entließ. Das geschieht nun auch hier, es wurde gedroht, alle Gewerkschaftsmitglieder zu entlassen und nur Unorganisierte (also Ausgetretene) wieder einzustellen.

Trotz all dem führten die Lokführer ihren Kampf weiter und konnten breite Unterstützung der Arbeiterschaft aus anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes verbuchen.

In „Workers Weekley" unterstreichen die britischen Kommunisten, die nach Kräften an der Organisierung von Solidaritätsaktionen beteiligt waren, daß die Lokführer in diesem Kampf realistischerweise als Vorkämpfer für die ganze britische Arbeiterklasse zu betrachten sind, so wie es die Hafenarbeiter im Jahre 1980 und die Bergarbeiter im letzten Jahr gewesen sind.

Die Führer der Labour-Party, so wird in der Zeitung nachgewiesen, haben auch dieses Mal wieder die Politik der Regierung gegen die Arbeiter unterstützt. Während der Sprecher der konservativen Regierung kundgab, es werde in diesem Jahr „Beträchtlich geringere Lohnerhöhungen als im letzten Jahr" geben, griff der „Kollege" von Labour zur selben Zeit jene an, die immer nur „Forderungen stellen".

Die Zeitung der britischen Bruderpartei unterstreicht dabei, daß es aber diese Pläne nach wie vor gibt, vor allem nachdem die Führer der anderen Eisenbahnergewerkschaften die neuen Zeitpläne faktisch angenommen haben und so den Lokführern und ihren eigenen Mitgliedern in den Rücken fielen. Um so mehr ist es die Aufgabe, so schließt der Artikel (und so wird es auch in einem dazu gehörigen anderen Artikel betont) innerhalb der reformistischen Trade Unions die revolutionäre Gewerkschaftsopposition aufzubauen, um die Politik der Klassenzusammenarbeit in den Gewerkschaften zu isolieren und möglicherweise auch zu besiegen.

Die Regierungs-Partei zittert

Brasilien wählt im November

Zum ersten Mal nach 18 Jahren Militärdiktatur wird Mitte November in Brasilien gewählt, auf allen staatlichen Ebenen (Teilwahlen gab es schon vor vier Jahren und nicht einmal große Manipulationen konnte die Katstrophe für die regierenden Militärs und ihre künstlich geschaffene Partei verbergen), mit weit über 50 Millionen Wahlberechtigten.

Daß es überhaupt zu diesen Wahlen in dieser Form kommt, das ist bereits ein Zeichen dafür, wie schwach die Diktatur der Generale in Brasilia geworden ist. Seit der großen Streikwelle im Jahr 1980 ist diese Schwäche immer deutlicher sichtbar geworden, so mußten die Bestrebungen, eine brasilianische Einheitsgewerkschaft zu schaffen, hingenommen werden.

Die Wirtschaftspolitik nach „amerikanischem Modell" hat weder dazu geführt, daß die Inflation verringert wurde (vorübergehend war sie von jährlich 120 Prozent (!) auf rund 85 Prozent gesunken, was schon als Erfolg gefeiert wurde, allerdings nur von der Regierung, inzwischen beträgt sie wieder knapp 100 Prozent) noch sonst ein Problem der brasilianischen Wirtschaft gelöst wurde, im Gegenteil: Massive Kampagnen zur Arbeitsplatzvernichtung vor allem der zahllosen im Lande tätigen ausländischen Monopole (vor allem aus den USA und der Bundesrepublik) haben zur schlimmsten wirtschaftlichen Lage überhaupt in den letzten Jahrzehnten geführt. Die Zigmillionen-Bevölkerung der Favelas genannten Slums in den Großstädten schwellen täglich und immer schneller an.

In dieser Situation versucht die Regierung, die als „Demokratisch-Soziale Partei" in den Wahlkampf geht, mit einer ganzen Serie von Einschränkungen und Beschneidungen im Wahlrecht die letzte Schlappe zu verhindern. Aber die Regierung des nationalen Ausverkaufs ist inzwischen selbst im Unternehmerverband CNI dermaßen unbeliebt, daß man dort für eine Veränderung ist — aus der Furcht, ohne eine solche Änderung werde es zu „Schlimmerem" (für die Unternehmer) kommen, wie man offen sagt.

Und eben deshalb auch konzentrieren sich die Versuche der bürgerlichen Kräfte darauf, die Kandidatur einer einzigen Oppositionspartei zu verhindern, die demokratische Opposition möglichst in mehrere Parteien aufzuspalten, um einen echten Sieg der MDB (Brasilianische Demokratische Bewegung), die ein Zusammenschluß zahlreicher Parteien ist, zu verhindern, deren Wahlprogramm, national gegen die imperialistischen Interessen und demokratisch gegen die faschistische Diktatur ist, ist dem Kapital zu „radikal".

Die Kommunistische Partei Brasiliens, die sich an der MDB beteiligt, hat in ihrem bisherigen Wahlkampf deshalb nicht nur die Maßnahmen der Regierung zur Einschränkung des Wahlrechts bekämpft, sondern auch alle Versuche einer spalterischen Kandidatur anderer Oppositionsparteien.

Israels Krieg gegen Palästina und den Libanon

Blut, Geld und Nazis

Die folgenden drei kurzen Artikel entnehmen wir aus dem „Palästina-Bulletin", Ausgabe 24 von 1982, vom 7. Juli. Sie zeigen sehr gerafft, um was es bei diesem Krieg alles geht, weisen auf israelische Wirtschaftsinteressen hin, auf ihre „feinen" libanesischen Verbündeten und auf die schweren Verluste, die die israelische Aggressionsarmee hat hinnehmen müssen. Wir haben die hier abgedruckten Zwischenüberschriften selbst eingefügt.

Gemayel — Israels Nazi-Freund

Israels Hauptverbündete im Libanon sind nun die Rowdies des Bashir Gemayel, den Beobachter mittlerweile einen „jungen Hitler" nennen. Diejenigen, die seine Erklärung am Freitag, den 2. Juli gehört haben, müssen gehört haben,als er sagte, daß das größte Problem sei, daß „der Palästinenser" (im Singular gebraucht) „ein Lügner" sei. Dies sollte einige jüdische Erinnerungen wachrufen, denn die Nazis haben auch immer wenn sie die Juden meinten, von „dem Juden" geredet. Und schrieb nicht Hitler einmal, daß „der Jude ein Lügner" sei? Auch Gemayel beschreibt „den Palästinenser" als „betrügerisch, schmutzig, mordlustig und undankbar". All diese Bezeichnungen gebrauchten die Nazis damals auch für die Juden.

Dies alles ist nicht überraschend, denn Gemayel ist in einer Partei großgeworden, die sich offen zu Franco und Hitler bekannt, eine Partei, die unter dem Deckmantel eines Sportclubs, jeden, der ihr im Weg steht, erschlägt und ermordet, manchmal sogar ihre engsten Verbündeten. Und nun, in enger und offener Kollaboration mit den israelischen Invasoren, glaubt Bashir Gemayel, daß sein Traum in Erfüllung geht, daß er das ganze Land regieren kann mit der stärksten Armee dieser Region im Rücken, denn er selbst zählt sich zur israelischen Armee. Wenn dies das Pflegekind ist, das Begin, der selbst knapp Hitlers Gaskammern entkommen ist, und Sharon adoptieren wollen, so hätten sie keinen besseren Nazi im gesamten Nahen Osten finden können. Seine hysterischen Ansprachen, seine Boshaftigkeit und sein Haß, der gegen alles gerichtet ist, was ihm im Wege steht, das ist der Verbündete, den Israel sich wünscht.

Wir begrüßen diese unheilige Allianz zwischen den israelischen Führern und den Nazi-Führern des Libanon. Wir begrüßen dies deswegen, weil jetzt die ganze Welt die Verdrehung der Wahrheit, die sich schon lange vor palästinensischen Augen abgespielt hat, erkennen kann. „Der Palästinenser" braucht nichts mehr hinzuzufügen.

Geschäfte

Beirut, 8. Juli 1982 (Wafa) Das israelische Radio berichtete gestern von der Unterzeichnung eines Handelsabkommens zwischen Israel und seinem neuen Satelliten im Libanon. Zwei der größten israelischen Monopolgesellschaften, Koor und Rasco, unterzeichneten ein Abkommen über den Export von Waren im Wert von 130000 Dollars in den besetzten Teilen des Libanon.

Zu diesem Zwecke wurde eine neue Gesellschaft gebildet, die „mediterranean supply and service company ltd". Diese hat schon ihre Geschäfte mit libanesischen Kaufleuten in den besetzten Zonen aufgenommen. Das israelische Radio teilte jedoch nicht mit, wer von libanesischer Seite den Vertrag unterzeichnet hat. Ein Wirtschaftsexperte in Beirut kommentierte gegenüber Wafa: „Es scheint, daß der israelische Expansionismus mehr als ein Gesicht hat."

Viele Verluste

Als direkter Widerlegung zionistischer Behauptungen und Bestätigung der Schätzung der Vereinten Streitkräfte berichtete die israelische Tageszeitung „Haolam Hazeh", daß die Höhe der Verluste in den Reihen der israelischen Armee während der israelischen Invasion bei 1250 Getöteten und ungefähr 8000 Verwundeten lag. Eine andere Zeitung, „Al-Hamishmar", interviewte den israelischen General Betsael Give, der in Tyros verwundet worden ist. Dieser erklärte: „Wir führen einen schweren und komplizierten Krieg. Diesmal standen wir einem hartnäckigen Feind gegenüber: wir dachten, die palästinensischen Kämpfer würden wegen unserer militärischen Stärke vor uns weglaufen. Wir haben uns auch gedacht, daß sie nur einige schwache Gruppen seien, aber sie waren stark und organisiert."

Eine dritte israelische Tageszeitung, „Yediot Aharonot", interviewte einen Kommandeur einer Panzereinheit aus der Elitebrigade Golani. Der Kommandeur, Mayr Michel Buchnik, der in Hasbaya am fünften Tag des Kampfes verletzt worden war, erklärte, daß er allein an diesem Tag 22 Panzer und 18 Soldaten verloren habe, außerdem seien 37 weitere Soldaten teilweise schwer verwundet worden. Er fügte hinzu, daß sich die palästinensischen Streitkräfte mit seinen Soldaten eine schwere Schlacht geliefert hätten, nicht zu vergleichen mit all den Schlachten, die er schon geführt habe.

Er fuhr fort: „Die palästinensischen Schlachten in diesem Gebiet sind tödlich. Als ich ins Krankenhaus gebracht wurde, stellte ich zu meinem Erstaunen fest, daß das Kommandeur der Brigade, Colonel Avigdor Shraper, nach einem direkten Treffer auf seinen Panzer getötet worden war."

Portugiesischer Revolutionsrat abgeschafft

Das Parlament in Lissabon beschloß Mitte der letzten Woche mit der nötigen Zwei-Drittel-Mehrheit die Abschaffung des 1974 gegründeten Revolutionsrats. Dieser Rat revolutionärer Offiziere hatte als Aufgabe, die Demokratisierung des Landes politisch zu überwachen und dabei auch Gesetzesvorlagen der Regierung abzulehnen.

Der Rat hatter unter anderem durch sein Veto mehrere Versuche der bürgerlichen Regierung zunichte gemacht, ein Gesetz über die Reprivatisierung der Unternehmen, die 1974 verstaatlicht worden waren, zu erlassen, weshalb er oft im Zentrum der reaktionären Propaganda für eine Verfassungsänderung gestanden hatte.

Ohne die Stimmen aus der Sozialistischen Partei Portugals von Mario Soares wäre diese Zwei-Drittel-Mehrheit im Parlament nicht möglich gewesen. Die von der SPD finanzierte (und wohl auch Anfangs organisierte Partei, zeigt damit einmal mehr, wie treu sie zu ihren Auftraggebern steht. Es geht darum, Portugal „EG-reif" zu machen, sprich: dem Kapital größtmögliche Entfaltungschancen zu geben, die Rechte der Arbeiter so weit als möglich einzuschränken.

Gegen diesen Kurs war der Revolutionsrat eine Bastion gewesen — seine Abschaffung ist deshalb ein ganz direkter Sieg für die Kapitalisten in Portugal und auch in Staaten wie der Bundesrepublik, die zu den Hauptinvestoren im Lande gehören.

Daß die sozialistische Partei mit der reaktionären Regierung des AD-Dreiparteienblocks stimmt, gerade zu einer Zeit, da sich feststellen läßt, daß auch diejenigen, die seither AD wählten von ihr abgehen, das zeigt in aller Deutlichkeit, wie sehr dieser SPD-Zögling dem in- und ausländischen Kapital verpflichtet ist.

Mieterhöhungen ohne Ende

Verdoppelung der Altbaumieten bis 1990?

Den folgenden Artikel entnahmen wir aus „Moabiter Kiez“, Nummer 1, der Stadtteilzeitung der KPD für Moabit/Tiergarten in Westberlin.

Der Senat hat einen Gesetzentwurf beschloßen, der die Mietpreisbindung für Altbauten schrittweise außer Kraft setzt. Obwohl von der Verlängerung der Mietpreisbindung die Rede ist, droht den Altbaumietern jetzt Stück um Stück die Einführung des „Weißen Kreises“.

Goldene Zeiten für Hausbesitzer

Die Senatspläne für 600000 Altbaumieter:

Von 1983 bis 1989 sollen die Grundmieten jährlich um 5 Prozent steigen. Dazu kommt, daß die Betriebs- und Instandhaltungskosten jährlich neu berechnet und dann in die jeweils neue Grundmiete miteinbezogen werden. Bisher wurden diese Kosten extra berechnet, ohne die Grundmiete zu erhöhen. Zusätzlich zur Grundmietenerhöhung von 5 Prozent kommt:

1. 1. 83: ein „Komfortzuschlag“, für Wohnungen mit Bad 4 Prozent, für Wohnungen mit Heizung 2 Prozent, für Wohnungen mit Fahrstuhl 1 Prozent. Mögliche, also erlaubte **Mieterhöhung 1983 — 15 Prozent.**

1. 1. 84: Grundmiete erhöht sich um 5 Prozent. Dazu kommt noch ein „Wohnwertzuschlag“ von 5 Prozent. Mögliche Gesamt**mieterhöhung für 1984 — 15 Prozent.**

1. 1. 85: Wieder Grundmietenerhöhung um 5 Prozent. Mögliche Erhöhung der Gesamtmiete trotzdem — **10 Prozent.**

1. 1. 86: Bereits dreimal erhöhte Grundmiete nochmals 5 Prozent. Erhebung eines „Wohnlagezuschlags“ von 5 Prozent, möglich ist wieder eine max. **Mieterhöhung von 10 Prozent.**

In den Jahren 1987, 1988 und 1989 sollen ebenfalls Mieterhöhungen jeweils bis maximal 10 Prozent erlaubt sein. Dazu kommt, daß ab 1988 die Mietpreisbindung für neuabgeschlossene Mietverträge in Altbauten sowieso schon außer Kraft gesetzt wird. Eine Regelung, die wir noch dem SPD-Senat verdanken.

Bei diesen ganzen Prozentzahlen muß man die Tatsache berücksichtigen, daß die 5 Prozent jährliche Grundmietenerhöhung jedes Jahr wieder von einer erhöhten Grundmiete ausgeht, also in Wirklichkeit die Gesamtmieten um mehr als die angegebenen Prozentpunkte steigen können. Daraus ergibt sich nach den Berechnungen des Berliner Mietervereins eine Verdoppelung der Mieten von 1982 bis 1989.

Auch die Sozialbaumieter werden kräftig geschröpft: Für's erste sollen für 182500 von insgesamt 530000 Sozialbaumietern ab 1. 4. 82 durchschnittliche Mieterhöhungen von knapp 14 Prozent in Kraft treten.

Schwarzer Kreis — Weißer Kreis — Teufelskreis 50000 protestierten bereits!

Mieterorganisationen Westberlins haben ein Bürgerbegehren eingeleitet, das die Erhaltung der bisherigen Mietpreisbindung für Altbauten fordert. Nachdem bereits die erforderlichen 2 Prozent der Wahlberechtigten mit ihrer Unterschrift die Einleitung des Bürgerbegehrens unterstützt haben, geht es jetzt in die zweite Runde: Jetzt müssen die Bezirksämter neue Unterschriftenlisten erstellen, in die sich innerhalb von vier Wochen 10 Prozent der Wahlberechtigten eintragen müssen. Wird dies erreicht, sind die Bezirksverordnetenversammlungen aufgefordert, innerhalb von drei Monaten über den Antrag zu beschließen. Wobei nicht die Bezirksämter, sondern Senat und Abgeordnetenhaus über eine Mieterhöhung entscheiden.

Unterstützt das Bürgerbegehren mit eurer Unterschrift!

Das Bürgerbegehren gibt den Mietern aber keineswegs das Recht, durch ihre Unterschrift die Mieterhöhungen aus der Welt zu schaffen. Es ist eine Möglichkeit, um Druck auf die politischen Parteien und den Senat auszuüben. So etwas kann ja Erfolg haben, wie der Verzicht auf die Einführung der Tabellenmiete durch den damaligen Bausenator Ristock zeigte.

Nach den bestehenden Gesetzen hat der Bürger überhaupt keine Möglichkeit, seinen Willen gegen die Politik der Regierung durchzusetzen. Ihre Politik richtet sich auch in diesem Fall allein nach den Interessen einer Minderheit, der Hausbesitzer.

Wahlversprechen sind Wahlbetrug

Wir können zwar zwischen den Parteien „frei“ auswählen — genauso frei und unabhängig von unserem Willen sind die Herren Politiker aber bei dem, was sie nachher durchführen. Sie handeln im Auftrag der eigentlichen Herren im Staate: der Besitzer von Grund und Boden, von Fabriken und Banken.

Moabiter Kiez

Zeitung der KPD für Moabit/Tiergarten Nr. 1

Mieterhöhungen ohne Ende

Verdoppelung der Altbaumieten bis 1990?

Der Senat hat einen Gesetzentwurf beschloßen, der die Mietpreisbindung für Altbauten schrittweise außer Kraft setzt. Obwohl von der Verlängerung der Mietpreisbindung die Rede ist, droht den Altbaumietern jetzt Stück um Stück die Einführung des "WEIßEN KREISES".

Goldene Zeiten für Hausbesitzer

Die Senatspläne für 600.000 Altbaumieter :

Von 1983 bis 1989 sollen die Grundmieten jährlich um 5 % steigen. Dazu kommt, daß die Betriebs- und Instandhaltungskosten jährlich neu berechnet und dann in die jeweils neue Grundmiete miteinbezogen werden. Bisher wurden diese Kosten extra berechnet, ohne die Grundmiete zu erhöhen.
Zusätzlich zur Grundmietenerhöhung von 5 % kommt:

1.1.83: ein "Komfortzuschlag"
für Wohnungen mit Bad 4 %
" " mit Heizung 2 %
" " mit Fahrstuhl 1 %
Mögliche, also erlaubte Mieterhöhung 1983 15 %

1.1.84: Grundmiete erhöht sich um 5 %
Dazu kommt noch ein "Wohnwertzuschlag" 5 %
Mögliche Gesamtmieterhöhung für 1984 15 %

Allein, es fehlt der Glaube...

Gar so leicht, wie man es nach Bildern von Reisen des Papstes meint, hat es der Vatikan nun auch wieder nicht. Nachdem seine dubiosen Geldgeschäfte schwer ins Gerede gekommen sind — einer seiner Bankiersfreunde sitzt, der andere hat sich aus London, auf welche Weise auch immer, ins Jenseits verflüchtigt, mußte er nun auch noch die Umfrage in einem römischen Stadtteil hinnehmen — die Ergebnisse waren echt schlecht. 20000 Katholiken wohnen im neuen römischen Stadtteil Trionfale, 1000 davon wurden über den Glauben befragt.

Am wenigsten mochten die Leute übrigens an die Hölle glauben, an das Paradies glaubten noch eine Handvoll mehr — ein knappes Fünftel. Was aber dem Vatikan wohl egal sein dürfte, solange der Rubel, bzw. die Lira rollt, solange die Show läuft. Kritisch für diese Leute wird es, wenn gleich 57 Prozent der Katholiken auch noch in Rom die Unfehlbarkeit des Papstes für eine Lüge halten und gar 60 Prozent der Befragten die gesamte Kirchenhierarchie als ein Ärgernis bezeichneten.

Daß im Alltagsleben der Einfluß der Kirchendogmen zurückgeht, das zeigen Zahlen wie die der immer mehr gewünschten Ehescheidungen und über die regelmäßige Benutzung der Antibaby-Pille.

In den Großstädten, so meinte der betroffene Pfarrer dazu nur noch, sei das eh so, daß sich kaum noch eine daran halte, was ihr der Papst für's Bett vorschreibt. Daran sei man schon gewöhnt. Sie müßten lernen, die Probleme einer größtenteils entchristlichten Stadt zu erkennen — des „heiligen“ Rom.

Neues aus den deutschen Landen

Bürgernah — die Falschen da?

Klage kommt „unseren“ Abgeordneten des öfteren über die Lippen. Weniger über ihre Politik, versteht sich, dafür um so mehr über den Wähler. Im Vorfeld der bayerischen Landtagswahl war das Klagelied des Abgeordneten wie selten zuvor in allen Tönen zu hören.

In München zum Beispiel, hat man es schlecht, wenn man aus dem Rathaus oder dem Landtag kommt. Denn: Ist schon einmal offiziell „Bürgernähe“ angesagt, wird nichts draus. Nicht, daß keiner kommen würde, das nicht. Aber die, die kommen, oh Graus! Um mit den Worten des Landtagsabgeordneten Erwin Stein zu reden, werden die Bürgerversammlungen „in letzter Zeit verstärkt von kommunistischen Wanderpropagandisten — oft getarnt als Grüne — für ihre politischen Zwecke“ mißbraucht. Und — natürlich — bringen die kommunistischen Hetzer auch noch ihre Claqueure mit.

Also, die da kommen, das sind nur die Kommunisten und ihre Jubelproletarierer. Der Bürger kommt nicht. Wer auch nicht kommt, das sind die sachverständigen Spitzenbeamten — das wiederum beklagt der Münchener Bürgermeister Zehetmaier, der im Normalfall an der Isar in die Höhle der Löwen geht. Und dann fehlten ihm sachkundige Assistenten, um konkrete Fragen aus dem Publikum zu beantworten.

Was jetzt natürlich auf einen rathäuslichen Übermittlungsfehler schließen läßt. Denn der Abgeordnete Stein meinte ja noch, da würden nur „kommunistische Propagandathesen ohne jeden Bezug zu örtlichen Problemen“ vorgelesen. Wer die denn eigentlich stellt, diese konkreten Fragen, auf die Herr Zehetmaier nicht antworten kann, das bleibt unklar. Der Bürger ist nicht da, die Grünen sind nur getarnte Rote und machen nur Propaganda, der Rest jubelt: Wer also fragt?

In solcherlei Bedrängnis kommt, wer sich in Gefahr begibt. Manche sollen darin schon umgekommen sein. Auch diejenigen, die nicht zum Bürger im allgemeinen, sondern zum Jugendlichen im besonderen gehen, werden dabei nicht glücklich. Sogar beim Bund der deutschen katholischen Jugend in München bekamen die meisten von ihnen zu hören, sie redeten zwar viel, täten aber nichts. Oder gar: Sie wüßten nicht Bescheid. Solche Aussagen sind sie aus dem Parlament natürlich nicht gewohnt, die Herren Wahlkämpfer, Jugendfreunde und Bürgernäherer.

Aber ein Trost sei ihnen mitgegeben, den Volksvertretern von Verfassungs Gnaden: Die Kirche ist mit ihnen! Die katholische zumindest, vor allem die aus Bayern. Sie empfiehlt nämlich — zur Wahl — die Grünen nicht zu wählen. Und zwar nicht, weil lila und grün nicht geht, sondern wegen des Umstürzlerischen, das da heraus zieht: Abgeordnetenwechsel, imperatives Mandat oder gar: Bürgerbegehren! Nein, da wendet sich der Gottesmann mit Grausen, vor solcher Sünde. Nachher tarnen sich die Rot-Grünen noch als Bürger und begehren etwas, was schon der Herr Rodenstock begehrt, oder wie? Und in der Bibel steht doch, du sollst nicht begehren deines Nächsten Hab und Gut — vor allem nicht das Gut der Barone von Finck und nicht das Hab von Siemens.

Überhaupt wäre die Lösung einfach: Bürgerversammlung — ohne Begehren natürlich, selbstverständlich, versteht sich — könnte man doch auch mit denen machen, die bestimmt nicht rot, grün oder sonstwie getarnt sind, mit den Herren von diesem und jenem. Wenn man das nicht öffentlich ankündigt, dann kann man unter sich die Sache „fachmännisch“ ausmachen. Diesen Vorschlag möchte der Autor gerne den bedrängten bayerischen Politikern machen. Was? Wie? Das wird doch schon lange... Wer hätte das auch gedacht!

hrw

Jugendlager in Portugal — Jugendlager in Portugal — Jugendl

Der Urlaubs-Knüller

Für diejenigen, die immer noch nicht wissen, wo sie in diesem Jahr ihren Urlaub verbringen sollen, präsentiert die Kommunistische Jugend Deutschlands (KJD) den Urlaubsknüller: 2 Wochen Portugal in einem Jugendlager der UJCR (dem Jugendverband der Kommunistischen Partei/Wiederaufgebaut, unserer portugiesischen Bruderpartei). **Kostenlos!** Nur die Anreise mußt ihr selbst tragen.

Vom 1. bis zum 15. August führt die UJCR zusammen mit der JCE/ML (Kommunistische Jugend Spaniens/Marxisten-Leninisten) ein Jugendlager in **Comporta** durch. Comporta ist ein kleines Dorf in der Nähe von **Troia** (ein bekannter Touristenort) südlich von Lissabon am Atlantik. Comporta liegt 500 Meter von der Küste entfernt, der Zeltplatz nur etwa 50 Meter. Verpflegung und Unterbringung ist kostenlos. Zelte werden von den portugiesischen Genossen gestellt.

Neben viel Urlaub, Freizeit, Zeit zum Kennenlernen, sollen auf dem Lager zwei politische Themen behandelt werden: Kampf gegen die Kriegsvorbereitungen, unter Berücksichtigung der besonderen Bedingungen der iberischen Halbinsel, und: Der Kampf für die Rechte der Jugend — Arbeitslosigkeit, Bildung, Unterdrückung usw.

Also: Nichts wie hin!!!

Wer mitfahren will, melde sich bitte umgehend bei:
KJD, Wellinghofer Str. 103, 4600 Dortmund 30, Tel.: (0231) 433691. Dort erhaltet ihr nähere Informationen. Wenn es gewünscht wird, wenn ausreichend Interesse besteht, wir die KJD auch noch eine Bahnfahrt zum Lager organisieren.

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.

4800 **Bielefeld 1,** Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 **Bochum,** Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110.

2800 **Bremen** (Walle), Buchladen „Roter Morgen“, Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 393888, geöffnet: Mi - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

4600 **Dortmund 1,** Parteibüro der KPD, Stollenstr. 12, Eingang Clausthaler Str., Tel.: 0231 / 832328, geöffnet: Mo, Mi, Fr 17 - 19 Uhr.

4600 **Dortmund 30,** Zentrales Büro der KPD, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 433691 /92.

4100 **Duisburg 12,** Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: 0203 / 443014.

4000 **Düsseldorf** (Eller), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Fr 17 - 19 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

6000 **Frankfurt 60**, Kontaktadresse: Peter Stecay, Linnestr. 13, Tel.: (0611) 491918

2000 **Hamburg 6,** Buchladen „Roter Morgen“, Schulterblatt 98, Tel.: 040 / 4300709, geöffnet: Mo - Fr 15 - 18 Uhr, Fr 11 - 13 Uhr, Sa 9 - 12 Uhr.

7100 **Heilbronn**, Kontaktadresse: F.-Helmut Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1

2300 **Kiel 1,** Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 567702, geöffnet: Mo, Di + Fr 9 - 13 Uhr + 15 - 18 Uhr, Mi 9 - 13 Uhr, Do 9 - 13 Uhr + 15 - 18 Uhr, Sa 10 - 13 Uhr.

5000 **Köln 30,** Kontaktmöglichkeit zur Partei: Treff- und Lesestube „Neue Zeit“, Marienstr. 37 a, Tel.: 0221 / 554956, geöffnet: Di + Fr 17 - 18.30 Uhr.

6700 **Ludwigshafen,** Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz/Saar: Willi Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: 0621 / 523966.

8500 **Nürnberg,** Parteibüro der KPD, Humboldstr. 103, Tel.: 0911 / 438043, geöffnet: Mi - Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.

7000 **Stuttgart 1,** Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 432388, geöffnet: Mi 17 - 19 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 **Berlin 65** (Wedding), Buchladen „Roter Morgen“, Sprengelstr. 40, Tel.: 030 / 4653966, geöffnet: Mo - Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.